

Günther Wildenhain

Eröffnung des Dokumentationszentrums des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen : Reden zur Eröffnung am 16. September 1998 in Rostock

Rostock: Universität Rostock, 1999

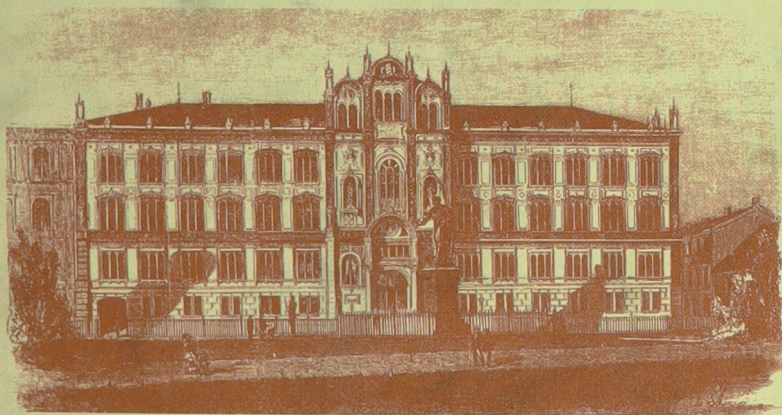
<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1817832360>

Druck Freier  Zugang  All Rights Reserved OCR-Volltext

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE

HEFT 2

ERÖFFNUNG DES
DOKUMENTATIONSZENTRUMS DES LANDES
FÜR DIE OPFER
DEUTSCHER DIKTATUREN



UB Rostock

NMK
ZA
251
(2)

UNIVERSITÄT ROSTOCK 1999

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE HEFT 2

ERÖFFNUNG DES
DOKUMENTATIONSZENTRUMS DES LANDES
FÜR DIE OPFER
DEUTSCHER DIKTATUREN

Reden

zur Eröffnung am

16. September 1998 in Rostock

UNIVERSITÄT ROSTOCK 1998



UB Rostock

28\$ 000 715 786



ROSTOCKER UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK
HEFT 1

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE

HEFT 2

**ERÖFFNUNG DES
DOKUMENTATIONSZENTRUMS DES LANDES
FÜR DIE OPFER
DEUTSCHER DIKTATUREN**

Reden

zur Eröffnung am

16. September 1998 in Rostock

UNIVERSITÄT ROSTOCK 1999

HERAUSGEBER: DER REKTOR DER UNIVERSITÄT ROSTOCK

REDAKTION: PROF. DR. WERNER MÜLLER
HISTORISCHES INSTITUT

HERSTELLUNG DER DRUCKVORLAGE:
GINA SCHÄFER

CIP-KURZTITELAUFNAHME:

Eröffnung des Dokumentationszentrums des Landes für
die Opfer deutscher Diktaturen : Reden zur Eröffnung
am 16. September 1998 in Rostock / Univ. Rostock
[Vorw.: Werner Müller. Beitr.: Wolfgang Riedel; Hans
Jürgen Wendel; Regine Marquardt; Rolf Eggert; Joachim
Gauck; Axel Peters; Ingo Richter]. - Rostock, 1999. - 68 S. -
(Rostocker Universitätsreden : N.F. ; 2)

ZITATKURZTITEL: Rostocker Universitätsreden N. F.

ISSN 1437-4595

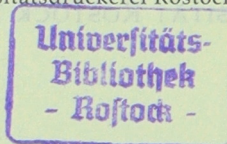
© Universität Rostock, 18051 Rostock

BEZUGSMÖGLICHKEITEN:

Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch
D-18051 Rostock
Tel.: +49-381-498 2281
Fax: +49-381-498 2268
e-mail: maria.schumacher@ub.uni-rostock.de

Universität Rostock
Historisches Institut
D-18055 Rostock, August-Bebel-Str. 28
Tel.: +49-381-498 2719
Fax: +49-381-498 2720
e-mail: gina.schaefer@philfak.uni-rostock.de

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock 62/99

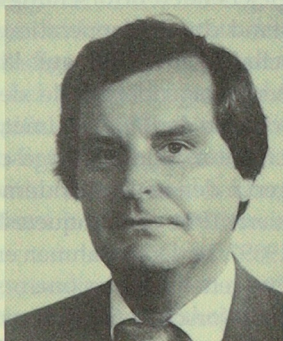


NMK-7A 251(2)

Inhalt	Seite
Werner Müller: Vorwort	7
Wolfgang Riedel	13
Hans Jürgen Wendel	17
Regine Marquardt	21
Rolf Eggert	25
Joachim Gauck	29
Axel Peters	39
Ingo Richter	45
Häftlingsalltag im Stasigefängnis	51
Bildanhang	57
Autorenverzeichnis	68

Aufgaben und Perspektiven für die DDR-Forschung

Noch ein Institut zur Erforschung der DDR-Geschichte? Wenn der Schein nicht trügt, beginnt sich unter den Historikern der "alten" Bundesrepublik Unmut breit zu machen über die - vermeintliche - Überbetonung der Geschichte der DDR in der derzeitigen Forschungslandschaft. In der Tat: der Aufwand für dieses Feld ist beachtlich. Der Deutsche Bundestag setzte in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden jeweils eine Enquete-Kommission zu Fragen der Geschichte und der Folgen der zweiten deutschen Diktatur ein. Beide legten umfang- und detailreiche, zugleich auch facetten- und aspektgesättigte Berichte vor. Die Fülle der dort angesprochenen Probleme hat freilich längst noch keinen ausreichenden Niederschlag in der Forschung an Universitäten und sonstiger wissenschaftlich arbeitender Institutionen gefunden. Auf der anderen Seite begriff das auch die PDS als Nachfolgerin der einstigen Staatspartei als Herausforderung. Sie berief eine "Alternative Enquete-Kommission", in der zumeist frühere DDR-Gesellschaftswissenschaftler eine Reihe von Beiträgen vorlegten, die zwischen Apologetik und Anpassung an den allgemeinen Forschungsstand oszillierten.



Damit nicht genug: Der Deutsche Bundestag richtete 1998 eine Stiftung ein, die zunächst Aufarbeitungs-Initiativen vor allem von Opfern des DDR-Herrschafts- und Gesellschaftssystems fördern, in weiterer Zukunft dann auch wissenschaftliche Vorhaben unterstützen soll. Diese Stiftung wird 1999 ihre Arbeit aufnehmen und mit nicht unbeträchtlichen Mitteln ausgestattet sein. Ein im Auftrage des Bundestages 1994 begonnenes und bis heute ständig aktualisiertes Projektverzeichnis umfaßt inzwischen rund 1200 Positionen unterschiedlichster Wissenschaftsdisziplinen. Naturgemäß stellen die Geschichte, die Soziologie, die Politikwissenschaft und die Germanistik die größten Kontingente. Auch damit wird klar, daß die Erforschung der DDR und ihrer Hinterlassenschaft eine

interdisziplinäre Herausforderung darstellt. Der Freistaat Sachsen und das Land Brandenburg haben sich früh und entschlossen für eine wissenschaftliche Aufarbeitung engagiert. Auf Initiative des Landtages wurde in Sachsen ein interdisziplinäres Institut gegründet, das sich auch der vergleichenden Erforschung deutscher Diktaturen widmet. In Potsdam entstand durch Kooperation von Land und Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) ein auf längere Sicht angelegtes Institut, das sich an hervorragender Stelle dem lange vernachlässigten Feld der Sozialgeschichte der DDR widmet, ohne indes andere Schwerpunkte - bis hin zur Literatur- und Kulturgeschichte - aus den Augen zu verlieren. Als einziger in den neuen Ländern berief der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 1994 eine Enquete-Kommission "Leben in der DDR - Leben nach 1989". In deren Rahmen entstanden ebenfalls beachtliche Arbeiten. Indes, Enquete-Kommissionen, sei es auf Bundes- oder Landesebene, können nicht forschen. Sie sind parlamentarische Gremien, die auch unter Hinzuziehung von Sachverständigen und Wissenschaftlern ihren Auftrag erfüllen. Sie können Bestandsaufnahmen erarbeiten, auf Forschungs- und Wissenslücken verweisen, Forschungsarbeiten und Bildungsmaßnahmen anregen und fördern. Das ist von allen Kommissionen in respektabler Weise geleistet worden.

Eine Besonderheit sollte an dieser Stelle noch genannt werden: Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, gemeinhin "Gauck-Behörde" genannt, verwaltet bekanntlich nicht nur Akten und erteilt Behörden, Betroffenen, Journalisten, Wissenschaftlern und anderen Wissensdurstigen Auskünfte, sondern verfügt auch über eine Abteilung "Bildung und Forschung" mit beachtlichen personellen und sachlichen Ressourcen. Auch hier liegen inzwischen sowohl quantitativ wie qualitativ sehens- und lesenswerte Publikationen vor.

Auf den ersten Blick suggeriert das eine mehr als zufriedenstellende Bilanz. Umfang und Aufwand sind beachtlich. Wie in der Forschung üblich, werden die Ergebnisse erst nach und nach sichtbar werden und sich in Publizistik, politischer Bildung und im Unterricht aller Schulformen niederschlagen. Umgekehrt: Mancher "Schnellschuß", manche hastig publizierte Dokumentation setzte mit gutem Grund Staub an, geriet in Vergessenheit, erwies sich als nicht tragfähig. Auch das ist nichts Ungewöhnliches. Um so mehr sind solide Forschungsleistungen vonnö-

ten, die über die Tagesauseinandersetzungen hinaus Bestand haben.

Ist es daher an der Zeit, sich erneut stärker der Geschichte der alten Bundesrepublik zuzuwenden? Fraglos sind auch auf diesem Felde noch beachtliche Lücken zu verzeichnen. Wie auch beim ostdeutschen Pendant fehlen größere Untersuchungen zur Sozial-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte. Auch die politische und Institutionengeschichte kann trotz der zwischen 1981 und 1987 erschienenen sechsbändigen "Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" längst nicht als befriedigend untersucht gelten. Dafür seien zwei Beispiele genannt. Vermißt werden nach wie vor größere Analysen einiger Parteien über längere Entwicklungszeiträume hinweg; für das Verfassungssystem zentrale Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht und seine Arbeit sind kaum in größeren historischen Zusammenhängen beleuchtet worden.

Dennoch muß der Vergleich des Forschungsstandes zu beiden deutschen Nachkriegsstaaten gegenüber einer derartigen Forderung skeptisch stimmen. Allein zur genannten sechsbändigen Geschichte der Bundesrepublik fehlt jede auch nur angenäherte Parallele. Da deren Autoren auch eine Fülle von Staats-, Regierungs- und Verwaltungsakten zugänglich waren, die ansonsten den üblichen Sperrfristen unterliegen, wird dieses Werk schon aus Gründen der Quellendichte und -breite noch über längere Zeit als Standardwerk anzusehen sein. Auch in vielen anderen Teilbereichen der Zeitgeschichte ist die Forschungslage erkennbar ungleich.

Als Argument zugunsten einer intensiveren Erforschung der Bundesrepublik könnte man vorbringen, eine pluralistische Gesellschaft mit einem komplexen System von Abhängigkeiten und Wechselwirkungen und einer hochgradigen Interaktion unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Ebenen erfordere auch einen entsprechend höheren Forschungs- und Analyseaufwand. Dem sollte vom Grundsatz her auch nicht widersprochen werden - indes gilt das ebenso für die DDR. Deren Komplexität und Vielschichtigkeit zu leugnen oder auch nur herunterzuspielen, würde bedeuten, noch nachträglich auf das gängige Klischee der SED-Führung hereinzufallen, das beständig die Einheit von Partei und Volk beschwor.

Fraglos liegen wichtige Arbeiten zur Herrschaftsgeschichte der DDR vor. Auch vor der friedlichen Revolution von 1989 hat die danach vielfach gescholtene zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung der Bundesrepublik eine Reihe von Arbeiten vorgelegt, die in ihrem Kern

heute noch Bestand haben. Freilich sind sie ergänzungsbedürftig, im einzelnen vielleicht auch korrekturbedürftig. Aber es bleibt festzuhalten, daß sie doch mehr als vielfach geglaubt, die Strukturen und Grundzüge eines informationsfeindlichen politischen Systems erhellt haben. Dafür stehen etwa die Namen von Ernst Richert, Hermann Weber oder Karl Wilhelm Fricke.

Die Geschichtsschreibung zur DDR beginnt also nicht mit der Öffnung ihrer Archive im Jahre 1990. Natürlich wies sie schmerzliche Lücken auf. Es kann nicht verwundern, wenn Darstellungen zu den früheren Jahren materialgesättigter und facettenreicher ausfielen als solche zu aktuelleren Zeiträumen. Das hängt natürlich mit den Beständen in den Archiven zusammen. In der Nachkriegszeit gelangte noch manches in westdeutsche Archive; genannt seien hier die Nachlässe von Jakob Kaiser oder Erich W. Gniffke. Aber auch das Fehlen jeglichen Archivgutes und eine fast totale Informationssperre seitens der DDR mußten nicht zu "weißen Flecken" im Geschichtsbild führen, wie die westdeutschen Arbeiten zur Nationalen Volksarmee (von Thomas M. Forster) oder zum Ministerium für Staatssicherheit (von Karl Wilhelm Fricke) belegen. Daß hier der Erkenntniszugewinn nach 1990 durch die Archivzugänge geradezu extrem groß ist, kann angesichts der Themen nicht verwundern.

Umgekehrt wurde auf einigen Feldern das westdeutsche Wissen über die DDR nach 1990 fast zur Makulatur. Das gilt vielleicht besonders deutlich für die Wirtschaft - die westliche Forschung war halt auf die Daten aus der DDR angewiesen. Arbeiten zur Sozialgeschichte gab es vor 1990 kaum. Warum, bedarf keiner Begründung.

Gibt es also doch einen wenigstens halbwegs genügenden Forschungsstand zur Geschichte der DDR? Kann man mit den westlichen Arbeiten vor der "Wende" und der Fülle der Vorhaben seit 1990 nicht zufrieden sein? Die Antwort fällt nicht allzu schwer, wenige Beispiele genügen. Rund acht Jahre nach der staatlichen Einheit Deutschlands gibt es immer noch keine umfassende und quellengesättigte Geschichte der früheren Staatspartei der DDR. Analoges gilt für die "Blockparteien" und "Massenorganisationen", allen voran den FDGB. Er organisierte weit mehr als 90% der arbeitenden Bevölkerung der DDR - ein sonst unerreichter Wert.

Auch das Verhältnis von Herrschaft, Gesellschaft und Individuum in der Region und erst recht "vor Ort" harrt noch vielfältiger wissenschaftli-

cher Bearbeitung. Die Bezirke als "Scharnier" zwischen linearer Realisierung eines Herrschaftsanspruches "von oben" und Reibungsflächen, Hemmnissen und Interessen auf örtlicher sowie betrieblicher Ebene sind bislang so gut wie nicht untersucht. Auf eine Parallele in der Erforschung der NS-Diktatur sei verwiesen. Auch dort wurde erst mit der Einbeziehung der Region die breite Palette gesellschaftlicher, politischer und sozialer Konflikte deutlich. Die Wichtigkeit der Erforschung dieser mittleren Ebene der Diktatur verspricht also einen beachtlichen Erkenntnisgewinn nicht nur für die Herrschafts- und Politikgeschichte, sondern öffnet den Weg zu einer Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR, die ja, wie oben skizziert, als besondere Desiderata anzusehen sind.

Darüber hinaus hat selbstverständlich auch der Norden seine eigene Geschichte. Das legen einige Arbeiten zur "Wende" im Norden der DDR, die als Pilotstudien anzusehen sind, nahe. Sie zeigen, daß es eigentlich viele "Wenden" gegeben hat. Die Frage muß dann erlaubt sein, ob die Etablierung und Stabilisierung der SED-Parteiherrschaft, das Krisenmanagement der "Marxisten-Leninisten" seit den siebziger Jahren und der Niedergang der DDR nicht auch regionalspezifische Erscheinungsformen und Ausprägungen aufzuweisen hatte. Nachzugehen wäre dem allemal. Daß die Agrargeschichte ein Spezifikum der Nordbezirke zu sein hat, ist nicht nur auf den ersten Blick unbestreitbar. Aber auch die nachholende Industrialisierung, insbesondere der Schiffbau, gab dem Norden ein eigenes Gesicht, das auch noch aufzuhellen ist. Das heutige Mecklenburg-Vorpommern verfügt über zwei traditionsreiche Universitäten, deren Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der DDR ebenfalls noch nicht geschrieben ist. Allein diese wenigen Punkte mögen verdeutlichen, welche Farben die Regionalgeschichte in das Gesamtbild der DDR einzubringen in der Lage wäre. In der Tat steht gerade auf diesem Feld die Forschung für Mecklenburg-Vorpommern, das Territorium der früheren Nordbezirke der DDR, erst am Anfang. Ein Vergleich etwa mit den Bemühungen in Sachsen oder dem Feld der Landesgeschichte Thüringens macht den Nachholbedarf deutlich, zeigt aber auch die Spezifika des Nordens.

Mit alledem scheinen zwei Konsequenzen zwingend: Zum ersten ist der Forschungsbedarf zur Geschichte der DDR nicht einmal in Ansätzen gedeckt. Zum zweiten hat eine Institution wie das Dokumentationszentrum des Landes, das sich auf Fragen der Region konzentriert, aber auch die DDR-Geschichte insgesamt mit ins Blickfeld nimmt, eine wichtige

Aufgabe und eine weitreichende Forschungsperspektive.

Abschließend bleibt die angenehme Pflicht des Dankes. In der schwierigen Frage zunächst des "Ob", dann des "Wie" eines Dokumentationszentrums haben Wissenschaft, Verwaltungen und Politik trotz mitunter gegenläufiger Interessen, trotz mancher interner und externer Hemmnisse letztlich doch an einem Strick gezogen und ein respektables Ergebnis zustande gebracht. Über die Förderer des Dokumentationszentrums des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen hinaus, deren Reden anlässlich der Arbeitsaufnahme dieser Institution hier wiedergegeben werden, haben sich insbesondere die beiden Vorsitzenden der Enquete-Kommission des Landtages "Leben in der DDR - Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung" verdient gemacht. Herrn Landtagspräsidenten Rainer Prachtl und Herrn Landtags-Vizepräsidenten Dr. Manfred Reißmann gilt daher mein ganz besonderer Dank.

- Die folgenden Texte sind die überarbeiteten Fassungen der Eröffnungsrreden -.

Rostock, 16. September 1998

Prof. Dr. Werner Müller

Ich darf Sie als Prorektor der Universität Rostock im Namen und im Auftrag unseres Rektors, Herrn Professor Wildenhain, zu dieser Stunde sehr herzlich begrüßen.

Landesregierung und Landtag haben die Einrichtung eines Dokumentationszentrums des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen beschlossen. Die Universität Rostock nimmt mit Genugtuung die Auffassung der Landesregierung zur Kenntnis, daß ein solches Dokumentationszentrum, - ich zitiere - "schon allein wegen der von ihm ausgehenden öffentlichen Breitenwirkung und seiner bildungspolitischen Relevanz nicht ohne wissenschaftlichen Anspruch errichtet oder gar betrieben werden kann" (Landtagsdrucksache 23/776).

Die Universität Rostock hat schon frühzeitig Pläne einer wissenschaftlich fundierten und begleiteten Aufarbeitung der Geschichte der DDR unterstützt und aus ihrem eigenen Ressort Vorarbeiten geleistet und gefördert. So beschloß der Senat der Universität im Sommer 1995 die Einrichtung einer Forschungsstelle für die Geschichte der DDR, sofern das Land bereit war, entsprechende Mittel bereitzustellen bzw. umzuwidmen. Die Universität hat damit frühzeitig unter Beweis gestellt, daß sie sich der in Politik und Öffentlichkeit immer wieder geforderten Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nicht entzog und bereit war, das in ihrem Rahmen Mögliche zu tun. Entscheidende Weichenstellungen waren bereits mit dem Neuaufbau des Fachbereichs - jetzt Historisches Institut - vorgenommen worden. Als eine der wenigen Universitäten in den neuen Bundesländern richtete die Universität Rostock eine Professur mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte nach 1945 ein, die sich schwerpunktmäßig der Geschichte der DDR im engeren und Deutschlands insgesamt im weiteren Sinne widmen sollte. Die Universität Rostock machte damit deutlich, daß sie gewillt war, in Forschung und Lehre der Geschichtswissenschaft nicht nur die traditionellen und selbstverständlich auch für jede wissenschaftliche Ausbildung unverzichtbaren Themenbereiche zu pflegen, sondern sich auch den Herausforderungen zu stellen, die aus der Hinterlassenschaft von 40 Jahren real existierendem Sozialismus und zugleich der doppelten deutschen Diktaturerfahrung resultierten. Aber dabei blieb es nicht. Die Universitätsbibliothek richtete

als Zweigeinrichtung eine Forschungsbibliothek zur Geschichte der DDR ein in der Erkenntnis, daß Forschungsarbeiten ohne entsprechende Infrastruktur wenig erfolgversprechend sein würden. Bislang ist diese Bibliothek leider räumlich weiter entfernt in einem Standort in Groß Klein untergebracht. In Zukunft wird sie selbstverständlich zu den Kernräumen des Dokumentationszentrums gehören und für Forschungs- und Lehrtätigkeiten den erforderlichen Rückhalt bieten können. Auch hier meine ich, kann sich die von der Universität geleistete Arbeit durchaus sehen lassen. Bislang wurden rund 14.000 Bände erworben und gesammelt. Damit ist eine Spezialbibliothek entstanden, die den zugedachten Aufgaben durchaus gerecht werden kann. Natürlich sind immer noch Lücken vorhanden, das ist bei einem Forschungsfeld wie dem der Geschichte der DDR nach gerade unvermeidlich, wenn eine Institution in vergleichsweise so kurzer Zeit aufgebaut werden soll. Aus Rostocker Sicht gehörte aber auch ein wenig, oder besser eine ganze Portion Glück dazu, diese Bibliothek zusammenzutragen. Immerhin ist ja ein Großteil der alten westlichen, und nicht nur westdeutschen sondern auch der durchaus bedeutsamen angelsächsischen Literatur nunmehr antiquarisch erhältlich. Rostock profitierte dabei von der natürlich im Grundsatz bedauernswerten Auflösung entsprechender Forschungsinstitute oder Bibliotheken in Bonn, Düsseldorf und Mannheim. Durch das mitunter hartnäckige Bohren und natürlich durch das Winken mit der Forschungskompetenz der Universität gelang es gegen z.T. nicht unbedeutende Konkurrenz diese Bestände nach Rostock zu holen.

Auf einem weiteren Feld wurde versucht, Lücken zu schließen. Wissenschaftliche und studentische Mitarbeiter der Universität retteten und sicherten eine Fülle von schriftlichen und nicht schriftlichen Quellenmaterial, das üblicherweise nicht oder nur am Rande zum Sammelgut staatlicher Archive zählt. Das gilt für Flugschriften, Schulungs- und Bildungsunterlagen aus der DDR, Propagandamaterialien und sonstige themenrelevante "graue" Literatur. Ferner wurde mit der Erstellung und Sammlung von Zeitzeugeninterviews begonnen. Das wird in Zukunft eines der wichtigsten Arbeitsfelder des Dokumentationszentrums sein.

Immerhin sei darauf verwiesen, daß der historischen Teildisziplin Zeitgeschichte damit fast einzigartig ein zusätzliches Instrumentarium zur Verfügung steht, das gerade für die Erforschung von Lebens- und Alltagsrealität in der Diktatur von besonderem Wert ist. Akten in den Archi-

ven sind halt in der Regel die Akten der Herrschenden. Die Erinnerung der Betroffenen wissenschaftlich aufbereitet, kann dazu als Korrektiv dienen und die Seiten beleuchten, die sich gerade nicht in den Papieren von Staat, Behörden und Partei niederschlugen oder niederschlagen sollten. Auch auf dem Feld personeller Ausstattung hat die Universität Rostock Vorleistungen erbracht. Aus eigenen Ressourcen stellt die Universität in Absprache mit dem Kultusministerium der Professur für Zeitgeschichte eine Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten zur Verfügung. Diese Stelle soll die Forschung und Lehre zur Geschichte der DDR und die vergleichende Diktaturforschung erweitern und verstärken. Daran anschließend muß dann die Universität notwendigerweise die Bitte knüpfen, daß Landtag und Landesregierung ihre Zusagen für zwei Personalstellen für das Dokumentationszentrum schnell einlösen, so daß dessen Arbeitsfähigkeit nachhaltig gewährleistet ist. Auf eine letzte Vorarbeit sei noch verwiesen: Die Historiker der Universität Rostock haben sich in den letzten Jahren intensiv in der Weiter- und Nachqualifizierung der Lehrer im Lande engagiert. Das soll und muß vielfache Fortsetzungen finden, insbesondere in Kooperation mit dem LISA und der Landeszentrale für politische Bildung.

Auf dem Feld der jüngsten Zeitgeschichte besteht noch auf absehbare Zeit ein beachtlicher Nachholbedarf. Mit dem Dokumentationszentrum besteht nun eine doppelte Chance, nicht nur die personelle und sachliche Basis dieser Arbeit ist verbessert, sondern vor allem wird es möglich sein, Forschungsergebnisse viel kurzfristiger in die Aus- und Fortbildung einzubringen, die gefürchtete Schere zwischen Wissenschaft und Weiterqualifikation also möglichst klein zu halten.

Meine Damen und Herren, die Universität hält die Entscheidung des Landes, dem Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen vorrangig wissenschaftliche Aufgaben zu übertragen für richtungsweisend und zukunftsorientiert. Daß die Universität ihrerseits nicht nur für die Einhaltung hoher Fachstandards bürgt, sondern die Arbeit des Dokumentationszentrums auch als besondere Aufgabe ansieht, bedarf keiner besonderen Begründung.

Ich begrüße Sie auch im Namen der Philosophischen Fakultät, an der die Forschungsstelle angesiedelt sein wird.

Wer in der Gegenwart nicht fähig oder willens ist, zwischen gut und böse, zwischen gerecht und ungerecht zu unterscheiden, dem ist die Vergangenheit höchstens peinlich und die Zukunft ein chaotisches Rätsel. Ohne moralisches Bewußtsein sagt uns die Vergangenheit nichts. Wir sind dann zu einer ewigen Gegenwart verdammt.

Wir bedürfen der Erinnerung der Vergangenheit, weil wir sie in der Zukunft noch einmal treffen könnten. Dies ist der *praktische* Sinn der Geschichtswissenschaften. Aber es ist eine *politische* Zielsetzung, sich überhaupt vorzunehmen, an eine Vergangenheit erinnern zu wollen. Die Wissenschaft und auch die Geschichtswissenschaft können uns nur sagen, wie etwas ist und warum; sie können uns nicht die Lehren, die daraus zu ziehen sind, abnehmen. Dazu sind wir als moralische Subjekte und als Staatsbürger aufgerufen.

Beschäftigung mit der Geschichte in praktischer Absicht ist das, was wir *Aufarbeitung* nennen. Diese ist Dokumentation zum Zweck der Aufklärung. Nur indem wir verstehen, was geschah und warum es geschah, können wir auch sehen, wie wir wünschenswerte, gerechte Zustände erhalten und ungerechte vermeiden können.

Platon hat den Zustand der Ungerechtigkeit eines Gemeinwesens als den Zustand eines gestörten Gleichgewichtes charakterisiert, ein Zustand, der eintritt, wenn nicht jeder im Gemeinwesen das Seinige tue, seine Aufgabe erfülle. Die Diktatur könnte man danach als den Extremfall eines völligen Aus-den-Fugen-Geratens der gesellschaftlichen und politischen Institutionen charakterisieren, weil die darin Handelnden nicht mehr ihre Aufgaben richtig wahrnehmen.

Auch wenn wir als moralische Subjekte und als Bürger selbst immer schon um die Gerechtigkeit wissen müssen, so benötigen wir die Geschichtswissenschaften, indem sie die Aufgabe übernehmen, zu dokumentieren, worin eine pathologische Störung des Gleichgewichtes eines vergangenen Gemeinwesens besteht, in dem also nicht jeder das Seinige tut und worauf ein solcher Zustand zurückzuführen ist. Solche Gründe und Ursachen darlegend, können sie uns in der Gegenwart damit helfen,

in der Zukunft derartige Pathologien nicht zu wiederholen. Nur, wenn wir die Vergangenheit festhalten, können wir in der Gegenwart eine menschliche Zukunft entwerfen.

■ Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft, die hier im Osten Deutschlands unmittelbar der Nazidiktatur folgte, hat das Kabinett fast 10 Jahre nach der Wende die Errichtung dieses Dokumentationszentrums beschlossen, um die pathologische Vergangenheit deutscher Diktaturen im Eingedenken von deren Opfern festzuhalten. Auch wenn mittlerweile fast neun Jahre seit der Wende vergangen sind, ist die durch das Land initiierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR durch die Errichtung des Dokumentationszentrums vorbehaltlos zu begrüßen. Es wird damit ein Schritt gemacht, der in Westdeutschland seinerzeit nach dem Krieg und dem Ende der Nazidiktatur versäumt ward. Dort wurde die Last der ersten deutschen Diktatur nämlich nicht aufgearbeitet und bewältigt, sondern unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu entsorgen versucht. Fragen über Verstrickungen in die Vergangenheit galten im Klima des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der neuen bundesrepublikanischen Gesellschaft schon bald als ärgerlich; und Rufe nach einer kritischen Aufarbeitung und Bewältigung der Vergangenheit wurden im Klima des Kalten Krieges schnell als kommunistisch gesteuerte Propaganda desavouiert.

■ Ohne Aufarbeitung der Geschichte ihrer Eltern argwöhnte eine kritische Generation Ende der 60er Jahre in Westdeutschland, daß die Wurzeln der unheilvollen, nationalsozialistischen Vergangenheit heimlich Triebe bis in die damalige Gegenwart geschlagen hätten – was durch immer wieder ins Gerede kommende spektakuläre Verstrickungen von Angehörigen der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht bestätigt zu werden schien. Die Folge war eine neue, ideologische und politische Radikalisierung nach links. Da auf der Gesellschaft Nachkriegsdeutschlands überall der lange Schatten der dunklen Vergangenheit des Nationalsozialismus zu lasten schien, wurden sozialistische Lehren, die Nazismus und Kapitalismus zusammendachten, allein als Prinzip Hoffnung für eine zukünftige, vorgeblich gerechte Gesellschaft glorifiziert. Wer sich demgegenüber skeptisch zeigte, wurde schnell selbst, zumindest wegen unterlassener Hilfeleistung, als Gehilfe neuen Unheils denunziert. Der Terrorismus der 70er Jahre war nur die logische Folge der Verblendeten einer über ihre Vergangenheit unaufgeklärten Gesellschaft.

Eine intensive Aufarbeitung der Vergangenheit und öffentlich ehrlich geführte Aufklärung darüber hätte damals sicher zu einem nüchterneren und differenzierteren Bild der Vergangenheit und ihres Bezuges zur Gegenwart geführt, der viele vor der politischen Pathologie des Linksradikalismus bewahrt hätte.

Ein anderes Phänomen der Unaufgeklärtheit, des Verblassens und Vergessens zeichnet sich bei uns im Hinblick auf die kommunistische Diktatur ab: die *romantische Verklärung*. Mit der nostalgischen Verharmlosung wird nicht nur der Mythos des Kommunismus am Leben erhalten, sondern werden auch seine Verbrechen relativiert und tabuisiert. Wie von einigen Hitler zumindest als Erbauer der Autobahnen gewürdigt und damit verharmlost wird, wird von anderen nunmehr bereits der Sozialstaat DDR, die Frauenemanzipation und der beschworene Antifaschismus zu einer nachträglich legitimierenden, verlorenen DDR-Identität stilisiert. Der bis ins Private hineinreichende, fast totale Freiheitsverlust wird damit zu einem Epiphänomen verniedlicht. Demokratische Freiheit wird gedankenlos gegenüber Arbeit und sozialer Sicherheit abgewertet.

Vorreiter sind hier vor allem die Postkommunisten und ihnen nahestehende Intellektuelle, die ungeachtet aller historischen Erfahrung nach wie vor ungebrochen dem alten Mythos des ‚eigentlichen‘, demokratischen und ‚guten‘ Sozialismus anhängen. Sie preisen dessen vermeintliche Segnungen als Rose im Kreuz der Diktatur und erhalten dabei zugleich die alten kommunistischen Feindbilder am Leben. Schuldig an den Entgleisungen der Diktatur sind dann lediglich die ungünstigen Umstände oder der Kalte Krieg, welche die Entfaltung eines „eigentlichen“, „echten“ Sozialismus behindert hätten. Wie weit dieser fatale Prozeß des Vergessens und Verdrängens schon neun Jahre nach der Wende fortgeschritten ist, können Sie daran ermessen, daß im Spiel von Machterhalt und Machtgewinn sogar von manchen Politikern *demokratischer* Parteien die legitimen Erben der Diktatur schon wieder als mögliche, wenngleich verschämt noch nicht ganz hoffähige, politische Partner gehandelt werden.

Die dies begünstigende, um sich greifende DDR-Nostalgie ist ein alarmierendes Zeichen des Vergessens, dem die Erinnerung von Unrecht öffentlich wirksam entgegengestellt werden muß, wenn verhindert werden soll, daß diese romantische Stimmung sich von politischen Rattenfängern zunutze gemacht wird.

Aufarbeitung durch die *Wissenschaft* hat also nur Sinn, wenn sie mit *Aufklärung* in der *Gesellschaft* einher geht. Beides ist mit dem Dokumentationszentrum ins Auge gefaßt. Das Dokumentationszentrum wird im Rahmen seiner thematischen Schwerpunkte das jüngste Kapitel unserer Zeitgeschichte anschaulich vorführen, sowie auch Aufgaben der Fort- und Weiterbildung vor allem der Lehrer übernehmen und Material für politisch-publizistische Tätigkeit und politische Bildung bereitstellen, damit das Wissen um die DDR-Vergangenheit ins Bildungswesen einfließen kann. Es wird dazu beitragen, daß diese Vergangenheit in der Öffentlichkeit nicht tabuisiert und mystifizierend verklärt wird.

Das Dokumentationszentrum heißt ausdrücklich im Plural "Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen". Angesichts des erschreckenden Erstarkens rechtsradikaler Strömungen und Aufnahmebereitschaft für deren Gedankengut auch und gerade hier im Land wäre es sicher wünschenswert, wenn das Dokumentationszentrum in der Zukunft sich thematisch auch der Aufarbeitung der Geschichte der ersten Diktatur und der Aufklärung darüber widmen könnte. Während der Zeit der DDR wurde dieses Kapitel aus ideologischen Gründen als bereits erledigt und damit nicht weiter behandelenswert abgetan und als Problem lediglich dem anderen deutschen Staat zugewiesen. Wie nötig auch hier Erinnerung und Aufklärung sind, haben die Gewalttaten gegen Ausländer nicht nur in Rostock-Lichtenhagen im Jahre 1992 gezeigt, die weltweit als ein Symbol für ein Wiedererstarken nationalsozialistischen Gedankenguts standen; es wird uns gerade neuerdings drängend dadurch vor Augen gebracht, daß rechtsradikale Parteien nicht einmal davor zurückscheuen, nunmehr sogar am Ort des Übergriffs im Wahlkampf aufzumarschieren. Die "Zeit" stellt in der Titelgeschichte ihrer letzten Ausgabe fest, daß Gewalt von rechts im Osten zum Alltag gehört.

Meine Damen und Herren, es wäre gefährlich zu glauben, die Aufarbeitung der Vergangenheit macht diese irgendwie ungeschehen und entlasse uns aus der Verantwortung; sie gibt aber den Opfern die Genugtuung, daß die lebendige Erinnerung an ihre Wunden dazu beiträgt, Wiederholung zu verhindern. Die Philosophische Fakultät begreift die Arbeit des Dokumentationszentrums daher als wichtige Aufgabe und wird sie mit besten Kräften nicht nur wissenschaftlich, sondern auch mit Engagement unterstützen.

Wenige Wochen fehlen, dann ist es neun Jahre her, daß Bürger der ehemaligen DDR in Gebäude wie hier an der August-Bebel-Straße, wie am Demmlerplatz in Schwerin und an vielen anderen Orten eindringen, um sich eines der perfidesten Machtorgane ihres Staates zu entledigen, Aufklärung zu suchen und Licht in die unmenschlichen Praktiken des MfS zu bringen.

MfS - das war das Synonym für die Willkürmacht und die Angst im Staate, und es war schon erstaunlich, wie schnell sich dieser Machtapparat im Dezember 1989 von der Macht verabschiedete, zumindest in der Öffentlichkeit. Hinter den Kulissen ist noch lange weitergearbeitet worden, um allzu scheußliche Spuren zu verwischen. Jene, die diese Aktenvernichtung zu verhindern suchten, waren größtenteils Mitglieder des Neuen Forums, die danach mit dem Sichten und Ordnen begannen, später dann die Gauck-Behörde, ein Name, eine Person, die für Zivilcourage steht, im Norden der ehemaligen DDR und weit darüber hinaus.

Am Anfang ging es einfach darum, diesen Machtapparat der Stasi in jenem Herbst auszuschalten, mit Wut und Angst; und manchmal war es auch ein wenig kurios, wenn zum Beispiel der Dienststellenleiter einer Kreisstadt mir seine Pistole übergab, dann seine Pantoffeln und die Zahnbürste einpackte und ging, während draußen seine Sekretärin ohnmächtig zusammenbrach.

Dann waren nächste Schritte zu ordnen, um die Machenschaften der Institutionen aufzudecken. Vor allem aber das Betroffensein von Personen, das Betroffensein der Opfer und auch der IM hat wehgetan, und manche Verletzung wurde erst viel später erkannt, viel später gespürt - auch die Verletzung, daß nicht jeder der Held gewesen war, der er meinte gewesen zu sein. Das hat aber auch im Bereich der Öffentlichkeit, der Verwaltung, der Regierung für Klärung gesorgt, für manchen einen Neuanfang erzwungen, bei allen Schwierigkeiten.

Es war auf jeden Fall nie unumstritten, was den Umgang mit diesem Teil Geschichte betrifft, was wir als Synonym fast über unsere Geschichte stellen; Stasi. Da wurden und werden immer wieder Fragen aufgeworfen und Entscheidungen sind gefragt, und mancher Vorschlag, der im Raume steht und immer wieder stehen wird, hat zum Ziel, die Vergangenheit

möge doch bald zur Ruhe kommen.

Es ist der Bürgerbewegung zu verdanken, daß Aufarbeitung vor Ort mit eigener Vergangenheit möglich blieb, weil notwendig im Wortsinne. Denn der gelernte DDR-Bürger hatte sich kaum mit seiner Geschichte auseinandergesetzt, auseinandersetzen können, weder mit der nationalsozialistischen noch mit der Nachkriegsgeschichte, die immer nur unter ideologischen Vorzeichen, aber nicht im Sinne von Auseinandersetzung und Beziehungssetzung zum eigenen Leben geschah. Was Geschichte bedeutet, deren Ruhen uns verordnet wurde, uns aber trotzdem nicht in Ruhe läßt, spüren wie gerade in diesen Tagen, wenn vor allem junge Menschen wieder von Leitbildern rechtsradikaler Verführer angelockt werden, wenn wir die Diskussion um ein zentrales Denkmal in Berlin verfolgen, die neben manchen Entgleisungen der Sprache krankt an dem Anspruch auf mögliche Vollständigkeit und Entsprechung zur Größe des Verbrechens an jüdischen Menschen auf der einen und Vergessen bzw. an den Rand drängen wollen auf der anderen Seite. Ähnliches spüren wir, wenn wir das späte und peinliche Eingeständnis deutscher Banken und Großunternehmen sehen, nach so vielen Jahren Schuld und Schulden ein wenig wiedergutzumachen, und wenn wir uns Städtenamen wie Hoyerswerda, Lübeck, Mölln, Solingen und leider auch Rostock-Lichtenhagen ins Gedächtnis rufen müssen. Aber spätestens hier wird dann auch deutlich, die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte dieses Jahrhunderts ist nicht nur Aufgabe des Ostens, sondern Aufgabe der Einheit, denn nur da, wo wir Geschichte nicht ruhen lassen, hilft sie uns mit Schuld zu leben, zu versöhnen und bewahrt uns hoffentlich vor Wiederholung.

Damit ist letztlich die Aufgabe des Dokumentationszentrums umschrieben. Der Landtag hat am 17. Mai 1995 auf der Grundlage eines Antrages der Fraktionen von CDU und SPD eine Enquete-Kommission "Leben in der DDR - Leben nach 1989, Aufarbeitung und Versöhnung" eingesetzt, und das auf 10 Bände angewachsene Material zeigt die Intensität, mit der diese Thematik behandelt worden ist. Wenn wir diese Darstellungen nachlesen, spüren wir die Spannung, unter der dieses Vorhaben stand. Dem aufzuarbeitenden Material entsprechend, und in Übereinstimmung mit der Koalitionsvereinbarung empfahlen die Koalitionsfraktionen im Mai 1997 der Enquete-Kommission Aufträge für Forschungsstudien und Expertisen an die Hochschulen und Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern oder an andere deutsche Univer-

sitäten und Hochschulen zu vergeben, letztlich: "die Einrichtung eines Dokumentationszentrums zur Zeitgeschichte im ehemaligen Stasi-Gefängnis am Demmlerplatz in Schwerin muß durch alle Landeseinrichtungen nachhaltig unterstützt werden".

Es ist ein eindeutiges Willensbekenntnis, damit konnten wir auch diese Rostocker Dokumentationsstelle fördern - eine Einrichtung, über deren politische Bedeutung wir in diesem Kreise nicht referieren müssen. Es geht um die Erfüllung einer klaren Aufgabe, die sich leicht aus dem Namen herleiten läßt und die geteilt ist. Am Demmlerplatz in Schwerin wird die bisher wahrgenommene Aufgabe der Führungen und Weiterbildung in Gesprächsrunden erfüllt, hier in der August-Bebel-Straße tritt der wissenschaftliche Aspekt in den Vordergrund.

Der dem Dokumentationszentrum mit beiden Dokumentationsstellen zuarbeitende Beirat wird zu den einzelnen Fragen noch genaue Festlegungen treffen. Wichtig ist, daß die politische Bildungsarbeit fortgesetzt und intensiviert wird, und wichtig ist, daß die Frage der personellen Ausstattung zügig geklärt wird - und sie *wird* geklärt !

An dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich allen Persönlichkeiten und Institutionen danken, die durch ihr nimmermüdes kritikfreudiges Nachfragen und gelegentliches Bohren, aber ebenso auch im Miteinander über Formalgrenzen hinweg, das Sammeln und auch das Verwerfen von Ideen erleichtert und bereichert haben. Besonders danke ich den Professoren Krüger und Müller, und dem Abgeordneten und Vizepräsidenten des Landtages, Herrn Reißmann. Ich danke den Abgeordneten, die in der Enquete-Kommission gearbeitet haben, ich danke dem Kollegen Justizminister Herrn Professor Eggert für die problemlose Übertragung der nachher noch zu besichtigenden Liegenschaft hier in das Ressortvermögen des Kultusministeriums, das wiederum der Universität Rostock als den Träger des Dokumentationszentrums zur Nutzung übergeben wurde. Ihre Anwesenheit, verehrter Herr Gauck, unterstreicht das bereits am Demmlerplatz geübte wie das für Rostock geplante Zusammenwirken.

Zu Ihren Aufgaben, Herr Professor Müller, als Inhaber der Professur für Zeitgeschichte nach 1945 gehört, die konzeptionelle Gesamtverantwortung für beide Dokumentationsstellen wahrzunehmen, das bedeutet, Erinnerungen an Totalitarismus jedweder Couleur wachzuhalten und rechtsradikalen Tendenzen entgegenzutreten. Mehr als zuvor sind wir

verpflichtet, unseren jungen Menschen vor Augen zu führen, was Nazismus und was die Diktatur der DDR in Deutschland, was Nazismus in Europa an grauenhafter Verwüstung angerichtet hat.

Dem besonderen Aspekt der staatlichen Unterstützung durch das SED-Regime wird sich die wissenschaftliche Untersuchung stellen müssen, und ich wiederhole noch einmal, dabei hat die politische Bildungsarbeit einen hohen Stellenwert. Für alle Vorhaben an beiden Dokumentationsstellen wünsche ich uns breiteste Wirkung, damit die Demokratie unbeschädigt bleibt.

Und weil an diesen Orten Menschen gelitten haben, und wir gerufen sind, dafür einzutreten, daß sich solches nicht wiederholt, bitte ich Sie nun, sich von ihren Plätzen zu erheben und in einem Moment der Stille der Opfer zu gedenken.

Auch ich freue mich ganz besonders, daß es endlich losgeht und hier in Rostock das Dokumentationszentrum eröffnet werden kann.

In den vergangenen Monaten hat es ein zum Teil unwürdiges Hickhack um dieses Dokumentationszentrum gegeben. Dies hatte etwas damit zu tun, daß bei aller unstreitigen Notwendigkeit der Einrichtung eines Dokumentationszentrums die Belange der Dritten Gewalt einerseits, aber auch das von ihr ausgegangene Angebot in Rostock von einigen Beteiligten nicht in der gebotenen Weise berücksichtigt worden sind. Ständiges Nachkarten und laufende Anfragen aus dem parlamentarischen Raum - auch heute noch - haben das sachliche und ruhige Gespräch über das Notwendige, Machbare und Finanzierbare mitunter erschwert.

Aber die heutige Eröffnung zeigt hoffentlich allen, daß auch ein unlauteres Geschimpfe und Taktieren nicht verhindern konnte, daß wir zu einer guten Lösung für das Land Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind.

Mein Haus hat zu einem sehr frühen Zeitpunkt vorgeschlagen, das ehemalige Stasi-Gefängnis in Rostock für das Dokumentationszentrum zu nutzen. Das überzeugende Konzept, das daraufhin unter maßgeblicher Beteiligung der Universität Rostock entstanden ist, hat sich durchgesetzt. Für diese geduldige Vorarbeit gebührt den Herren Professoren Müller und Krüger Dank.

Sicher kann man sagen, daß wir mit dieser Rostocker Lösung mehr erreicht haben, als wir uns ursprünglich einmal vorgestellt haben. Mein Dank gilt deshalb auch Ihnen, Frau Kollegin Marquardt, daß Sie stets der Maßlosigkeit einiger Forderungen entgegengetreten sind und die Belange der Dritten Gewalt in ganz besonderer Weise unterstützt haben.

Meine Damen und Herren, wir feiern heute die Arbeitsaufnahme des Dokumentationszentrums und damit den Beginn einer Arbeit, die in der Vergangenheit forscht, um für die Zukunft zu mahnen. Herr Dekan, Sie sind sehr intensiv darauf eingegangen. Das kann sie nur, wenn sie sich nicht auf die wissenschaftliche Auswertung von Archiven beschränkt, doch davon haben Sie bereits gesprochen, sondern gleichzeitig muß sie diese Arbeit öffentlich darstellen, um eine Gelegenheit zur Auseinandersetzung zu bieten. Gerade junge Menschen müssen angesprochen wer-

den, und wer unlängst die neueste Studie in Infratest Dimap gelesen hat, daß nahezu 47% der ostdeutschen Bevölkerung mit autoritären Strukturen zumindestens sympatisieren, der wird sich darüber im klaren sein, welche wichtige Aufgabe hier zu erledigen ist.

Ich übergebe daher heute offiziell einen Teil des Justizareals in der August-Bebel-Straße an das Dokumentationszentrum. Dieses Areal steht nicht nur in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Auftrag, sondern es ist Teil des Auftrages selbst, denn wir befinden uns hier an einem authentischen Ort. Diese ehemalige, von der DDR-Staatssicherheit errichtete Haftanstalt, ein zeit- und systemtypischer Zweckbau, soll Stätte des Gedenkens und Ort der intensiven Beschäftigung mit der Vergangenheit werden. Und dazu gehört natürlich auch das von der Staatssicherheit genutzte Haftgebäude am Schweriner Demmlerplatz, welches ebenfalls in die Arbeit des Dokumentationszentrums einbezogen wird.

Diese Orte sollen uns für immer Mahnung sein, das alltäglich Menschen unter Willkür, Schikane, Ungewißheit und Entwürdigung zu leiden hatten. Lassen Sie mich vielleicht hier ganz persönlich einflechten, daß ich einen Arbeitskollegen hatte, der hier im Stasi-Gefängnis zur Wendezeit eingesperrt war und quasi vergessen wurde, und als er dann hier die Haftanstalt verließ, konnte er seine Beine nicht mehr gebrauchen, weil er in dieser Zeit eben faktisch den ganzen Tag in dieser Zelle zubringen mußte. Und dieses menschliche Leid berührt uns alle, war es doch völlig nutzlos. Da es aber geschah, ist es unsere Aufgabe, aus der Vergangenheit unsere Lehren zu ziehen und dem Vergessen entgegenzutreten.

Das ehemalige Rostocker Stasi-Gefängnis wird der Vermittlung eines, wie es in der Koalitionsvereinbarung heißt, differenzierten Geschichtsbildes dienen. Ein Teil des gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses wird damit zukünftig von hier aus geleistet.

Insofern halte ich es für einen glücklichen Umstand, daß unmittelbar hier nebenan Recht gesprochen wird, - der Präsident des Landgerichts sitzt hier unter uns -. Ich denke und ich hoffe, daß gerade das Nebeneinander von unabhängiger Rechtspflege und Dokumentationszentrum den Menschen, die in diesem Gebäude Unrecht erlitten haben, ein wenig Genugtuung widerfahren läßt. Die unabhängige Justiz als Garant der Rechtsstaatlichkeit steht dafür, daß solche Schicksale nie wieder zu beklagen sind.

Liebe Frau Kollegin Marquardt, ich freue mich daher, das Hausrecht

an diesem Gebäude nunmehr offiziell Ihnen übertragen zu dürfen und somit symbolisch meinen Beitrag zur Arbeitsaufnahme des Dokumentationszentrums zu leisten.

Der Universität Rostock, insbesondere dem Historischen Institut als derzeitige Trägerin des Dokumentationszentrums, wünsche ich guten Erfolg bei der Arbeit. Manche mit dem Dokumentationszentrum verbundene inhaltliche und organisatorische Frage wird sicher noch geklärt werden müssen, es ist ja heute schon mehrfach angesprochen worden. Hierfür biete ich meine Unterstützung in der Zukunft gerne an.

Es ist mir eine Freude hier zu sein, wenngleich ich nicht verhehlen kann, daß ein bißchen DDR uns umweht. Wir eröffnen nämlich gerade etwas, was noch nicht so richtig arbeiten kann. Das kommt mir irgendwie bekannt vor. Und ich muß erst einmal dieses Gefühl in den Raum stellen, bevor ich das würdigen kann, was wir tatsächlich in gemeinsamen Bemühungen gestalten wollen, und was wir auch den politischen Parteien, die diese Regierung tragen, zu danken haben. Es ist schön, daß unter uns heute nicht nur Gelehrte sind, sondern auch Vertreter derjenigen, die damals, im Dezember 1989, in dieses und andere Gebäude hineingegangen sind, obwohl man sie dort gar nicht haben wollte. In einem sehenswerten Video kann man sich heute noch einmal anschauen, wie der Stasi-chef in Leipzig zu diesen Leuten sagte: "Sie sind ja nicht eingeladen, aber da sie nun schon mal hier sind, da reden sie schon mal."

Denen, die damals die Dienststellen der Stasi besetzt haben, haben wir es zu verdanken, daß wir die Akten der Repression besitzen und mit ihnen arbeiten können. Sie, Herr Justizminister haben von der Würde und der Aufgabe einer rechtsstaatlichen Justiz gesprochen. Wir sind umgeben von Professoren und Auszubildenden, vielleicht auch Studierenden, die die Segnungen einer freien Forschung und Lehre hier an diesem Ort einstigen Terrors zu vertreten haben. Was für ein großartiges Signal.

Ich freue mich deshalb, daß meine Behörde, die Behörde des Bundesbeauftragten, und die Universität Rostock in Kooperationsverhandlungen zu gemeinsamem Tun gelangt sind. Ich will alle diese Dinge, die mich mit der Vergangenheit direkt verbinden, meinen Freunden Axel Peters und Professor Ingo Richter überlassen, die ja später noch sprechen werden und möchte lieber darüber reden, was die Rolle der Staatssicherheit der DDR im Unterdrückungsapparat im ganzen bedeutet. Es ist ja nicht jedem recht, daß wir so viel über die Staatssicherheit sprechen, und so wenig über die SED. Die Rolle jener Partei, die bei uns nach der Verfassung zu führen hatte, ist in eine merkwürdige Nische der Nichtbetrachtung gerückt. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit aber ist Produkt des Herrschaftswillens dieser Partei. Und deshalb müssen wir uns immer auch erklären, warum wir das Ministerium für Staatssicherheit in besonderer Weise herausstellen, wenn wir über die Verantwortlichen

sprechen. Ich tue dies noch, aber davor will ich sagen, daß die eigentlich verantwortliche Instanz die Führung der SED war, über die wir in der Regel zu wenig reden. Es ist der Justiz zu danken, daß sie - auch wenn die Verzögerung vielleicht ärgerlich war - der Verantwortung des Politbüros nachgegangen ist, und in einem sehr komplizierten Verfahren der rechtlichen Bewertung von Verantwortung und strafrechtlicher Schuld doch zu einem Schuldspruch gelangt ist. Ich will am Rande gerade hier daran erinnern, weil es in diesem Bundesland Probleme gemacht hat, eine Ausstellung über die Justiz der DDR der Öffentlichkeit zuzuführen.

Ich will, wenn ich über das Thema spreche, keinen Überblick über den Forschungsstand zum MfS geben, er ist inzwischen beträchtlich, sondern ausgehend von diesem historischen Ort eine Reflexion über die Bedeutung staatlichen Terrors generell im kollektiven Bewußtsein anstellen. Es sind eigentlich nur Anmerkungen, die man in dieser kurzen Zeit machen kann. Sie sind aber gerade an diesem Ort wichtig. Auch weil sowohl im Osten als auch im Westen, und auch in der Wissenschaft leider starke Wahrnehmungsdefizite zu konstatieren sind, gerade was dieses Forschungsgebiet Repressionsapparat betrifft. Es sind dicke und renommierte Lehrbücher von schulbildenden Forschern über die DDR-Wirklichkeit geschrieben worden, die dem Phänomen des riesigen Repressionsapparates entweder nur am Rande oder gar keinen Raum gegeben und dennoch gemeint haben, einen neuen Erklärungsschlüssel zum Erschließen der Wirklichkeit der DDR anzubieten. Ich spreche von westlichen Forschungen, von den östlichen hat man nichts anderes erwartet. Das muß man einfach noch einmal anschauen.

Oft wurde der Staatssozialismus nur äußerst selektiv wahrgenommen. Die Ideologie des Staates, die Ideologie des Systems, spielte häufig eine größere Rolle bei Zustimmung wie Kritik gegenüber dem Staat, als die Faktizität des Faktischen.

Allein die Frage, warum das MfS diese gigantische Größe von zuletzt über 90.000 hauptamtlichen Beschäftigten angenommen hat, eine Größe, die Hitlers Gestapo für das riesige großdeutsche Reich nie erreicht hat, nicht einmal zur Hälfte, die Frage wird selten gestellt. Was hatte das für einen Sinn? Und ich denke, wir sollten uns heute dieser Frage stellen.

Aber zunächst schauen wir doch auf die Wirkung, die die bloße Existenz dieser großen Repressionsapparate des Staatssozialismus auf die Bevölkerung hatte, auf das kollektive Bewußtsein von mehreren Genera-

tionen von Unterdrückten. Der Blick auf die gesamte Geschichte des Staatssozialismus lehrt, ohne Terror und Repression vermochte die sogenannte neue Gesellschaft kein einziges Jahr zu existieren. In der jüngeren Kommunismusforschung kann deutlicher als früher die Normalität von Verbrechen, Terror, auch der Wandel von Herrschaftstechniken und Verweigerung von Partizipation als Normalfall des Realsozialismus nicht nur behauptet, sondern auch belegt werden. Es ist eben nicht so, wie viele Nostalgiker glauben, daß erst der verbrecherische Stalin die an und für sich guten Ideen des Sozialismus desavouiert habe, - ich bin sehr dankbar, daß heute bereits dieses Thema angesprochen wurde - sondern es gibt einen Geburtsfehler dieser Systeme, die es sich nie erlaubt und gegönnt haben, ihre eigene Macht auf dem Boden der Legitimation durch die Arbeiter und Bauern zu stellen. Jene Systeme, die mit einer revolutionären und äußerst politischen Phraseologie vorgegeben haben, eine neue Gesellschaft als Vollendung der Geschichte politisch zu etablieren, sie haben eben ihre Herrschaftsfunktion nicht gekoppelt an die Interessen jener, die sie zu vertreten vorgaben. Und weil sie, angefangen schon bei den frühen Sowjets, sich immer vor dem Volk gefürchtet haben, und dieses Volk nie in freien Wahlen um die Beglaubigung ihrer Macht gebeten haben, gehen wir von einem strukturellen Legitimationsdefizit der staatssozialistischen Gesellschaften aus. Wo aber ein solches Defizit an *Legitimation* durch das Volk existiert, ist ein Defizit an *Legitimität* nicht weit. Und so erzeugt der zweite Blick auf diese totalitären Herrschaftsformen ein zweites Erschrecken. Nicht nur, daß die Basis der Legitimation für die neue Gesellschaft fehlte, durchgehend fehlte es an Rechtsstaatlichkeit, ja zum Teil an der Gewährung von Bürger- und Menschenrechten, die seit alten Texten aus Großbritannien oder aus spätmittelalterlichen städtischen Gesellschaften in das Rechtsbewußtsein zumindest der europäischen und nordamerikanischen Bevölkerung eingedrungen waren. Indem der neue Staat das Recht zum Apparat seines Herrschaftswillens macht, verliert er zudem etwas von der Würde, die die Demokratiegeschichte all jenen Systemen zueignet, die die *Gewaltenteilung* als ein sie leitendes Politikprinzip akzeptiert haben. Sowohl unter Hitler als im Staatssozialismus waren es die "ewigen" Werte ihrer tragenden Ideologien, die es ihnen quasi erlaubten, die nachrangigen Regelungen der Gewaltenteilung aufzuheben, für etwas vorgeblich besseres einzutauschen. Die Besichtigung dieses Besseren am Ende dieses Jahrtausends erzeugt ein vielfaches

Erschrecken, und Frau Ministerin, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie hier etwas veranlaßt haben, worauf ich in diesem Moment gar nicht gekommen bin. Sie haben uns aufstehen lassen und schweigen lassen und uns damit zu denen gesellt, die nicht mehr reden können. Es muß uns mit tiefer Scham erfüllen - mir jedenfalls geht es so. Wieviel wir verdrängt haben und wie erschreckend wenig wir oft wissen wollten. Ich habe hier in Rostock mein Studium mangelhaft absolviert, aber ich war doch eigentlich ziemlich oppositionell. Daß einem Mann wie mir, einem jungen, relativ frechen DDR-Bewohner, der Name von Arno Esch erst nach der Wende geläufig wurde, erfüllt mich mit Scham. Wir haben neben den kognitiven Defiziten eine Reihe von anderen Defiziten zu bearbeiten, die wesentlich problematischer anzugehen sind. Und daß wir Fakten nachholen, nachlernen müssen; das allein ist schon schwer. Aber Vergangenheitsaufarbeitung ist deshalb so ein problematisches Feld, weil es eben nicht nur um eine relativ leichte Aneignung von Wissensgut geht, das man besichtigen, annehmen, neu bewerten kann, und mit dem man seinen Horizont erweitert. Vielmehr müssen wir der Vergangenheit auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichen Dimensionen begegnen, und deshalb ist vielleicht mit Recht von Aufarbeitung zu sprechen, weil es einen Anklang hat an das Durcharbeiten, das die Psychotherapie als terminus technicus benutzt, wenn sie Menschen befreien möchte von frühen Traumatisierungen. Wenn in der Therapie die Patienten konfrontiert werden mit den Phasen der Vergangenheit, in denen die Traumatisierung, die Verluste und Ängste sich eingepreßt haben in die Psyche, geht es ja nicht um eine Bindung an alte Lebenswelten, sondern um geradezu eine Befreiung zum Neuen. Und die Geschichtswissenschaft bedarf ganz besonders geöffneter Sinne zur Wahrnehmung der Fakten. Auch der einzelne tut gut daran, ganz besonders geöffnete Gefühle zu entwickeln, eben für jene Phasen, denen man sich natürlicherweise verbirgt, weil sie Schmerzen erzeugt haben. Deshalb auch gehört zur wissenschaftlichen Bereitschaft, Fakten neu zu sehen, alte Selektionsmuster der Wahrnehmung aufzugeben, und eine neue Lust am freien Geist zu entwickeln, auch die Bereitschaft, unsere eigenen Gefühle noch einmal - oft auch zum ersten Mal - mit jener Zeit zu konfrontieren, für die wir schnell Begriffe hatten, ohne daß wir sie damals schon wirklich erkannt oder aber überwunden hätten.

Wenn ich darauf hingewiesen habe, daß seit Lenin Defizite bei Legitimation und Legitimität existierten, daß die Gewaltenteilung ständig

negiert oder nur pro forma gewährt war, dann möchte ich hier anknüpfen an einen Begriff, den der Herr Dekan verwendet hat in seiner Ansprache: es ist eine schwere Aufgabe, die politische Aufklärung heute gegen die so beliebten Gefühle des romantischen Politikverständnisses durchzusetzen. Ich komme aus dem Linksprotestantismus, der mich geprägt hat, und ich kenne einen dort beheimateten starken romantischen Zug Politik, zu verstehen und zu deuten. Von der 'Reich-Gottes-Verkündigung' her eine direkte Linie zu ziehen in sozialistische Gesellschaftsentwürfe, wobei oft ein Nexus vom christlichen Telos der Geschichte zur realen sozialistischen Politik entstand. Für diese Phänomene gibt es zahlreiche schlichte wie intelligente schriftliche Belege. Meine Tätigkeit als Jugendpastor, später als Abgeordneter und dann als Behördenleiter hat mich diesen etwas traurigen Abschied von der Romantik fördern lassen. Denn es ist ein Vorteil, im Stadium romantischer Weltverhaftung zu leben. Man muß alles nicht so genau sehen. Man schaut sich die Dinge zurecht, man selektiert und fühlt sich einfach wohl. Man fühlt sich zwar nicht immer ganz wohl, aber man hat wenigstens eine romantische Nische, und die wird ausgestattet mit allerhand Nippes der Politik und der Alltagskultur und mit netten Freunden, die im Nischengebäude einkehren, und dann ist man eben nicht mehr so politisch. Man spricht noch politisch, aber man fragt nicht mehr die existentiellen Fragen. Etwa: Wer hindert uns daran, Teil einer Gesellschaft zu sein, in der wir mitarbeiten und mitregieren können? Warum tut er das, warum akzeptiere ich diese Wegnahme von Menschen- und Bürgerrechten? Alle diese Fragen verschwinden für den, der es nicht so genau wissen möchte. Man hebt ab in die Gefilde des "eigentlich" gemeinten und verliert dabei die Realität. Anders wird es, wenn wir beginnen, die relativ spröde Sammlung und Analyse der Fakten zu betreiben, die sich uns früher aus romantischen Sehnsüchten heraus verborgen haben. Und dies nicht nur in der Forschung und Lehre, sondern auch an den Schulen dieses Landes! Von daher schauen wir jetzt doch noch einmal auf die politische Bedeutung des Ministeriums für Staatssicherheit. Wir sehen in ihm einen Apparat, der Menschen konditioniert hat. Ich spreche jetzt nicht über die einzelnen Verbrechen, auch nicht den Terror der frühen Jahre, den wir anderswo ausstellen, sondern wir nennen ihn einfach einen Angstapparat, eine Institution, mit der Herrschaft gesichert wurde, obwohl die Herrschaftstechniken sich zeitgemäß gewandelt haben, von nacktem Terror hin zu einer "sanften" Überwachung, quasi zu

einer "Begleitung". Man war eben nie ganz alleine, auch nicht am Telefon mit seiner Freundin. Diese allgegenwärtige Begleitung, die ja auch ansonsten durch "Anleitung" auf den anderen Gebieten einschließlich der Kultur existierte, hat dazu geführt, daß in neueren Arbeiten zur DDR von einer Fürsorgediktatur gesprochen wird. Ich weiß nicht, ob diese Begrifflichkeit wirklich so entscheidend weiterhilft, wie es heute manchem scheint. Es ist wohl richtig, daß wir nicht immerzu die DDR beschreiben, als würden Stalin und Ulbricht noch herrschen. Wohl richtig, und wir sollen diese Wandlung auch sehen, aber wir wollen auch einmal schauen, warum dieser Angstapparat eine so deutliche politische Sprache spricht. Und ich glaube, wir kommen einer sicheren politischen Überzeugung näher, wenn wir uns das vorhin angezogene Thema der Stabilität eines Gemeinwesens noch einmal vor Augen führen.

Demokratische Gemeinwesen gewinnen ihre natürliche Stabilität durch Legitimation, Legitimität, durch die Gewaltenteilung, und natürlich durch eine Bemühung um sozialen Ausgleich. Wenn diese Elemente aber fehlen, dann muß es ein Stabilitätsdefizit in diesen totalitären oder diktatorischen Gesellschaften geben. Und deshalb ist die Staatsmacht auf unterschiedlichen Wegen immerfort unterwegs, dieses Stabilitätsdefizit durch die Errichtung von Stabilitätssurrogaten aufzufangen. Man könnte über viele Methoden sprechen. Die Entmachtung der dritten Gewalt ist eine, die Kaderpolitik ist eine andere. Wer von unseren jüngeren Menschen an den Universitäten weiß noch über unsere Kadernomenklaturen bescheid? Daß man im Grunde wie in einer vormodernen Adelsgesellschaft in entscheidende Positionen einer sehr modernen Gesellschaft nur aufrücken konnte unter Preisgabe seiner persönlichen Autonomie und unter der Hingabe an eine Staatsmacht, die dann vielleicht bei intensiver Hingabe, bei intensivem Knien, so gnädig war, mich in diese oder jene Kategorie der Kadernomenklatur aufzunehmen? Was für ein phantastisches Herrschaftsinstrument Bestrafung und Privilegien waren! Wir könnten unser Bildungssystem anschauen. Die Disziplinierung, die im Kindergarten begonnen hat, die Indoktrinierung als Pädagogik. Es gibt so viele Formen, Stabilitätsersatz zu schaffen. Und wenn wir sie alle addieren, entsteht ein übles Bild der DDR ganz ohne Staatssicherheit, und wir fragen uns, wozu brauchten sie die denn eigentlich, wenn sie alles so im Griff hatten? Aber dennoch stellt sich diese Frage angesichts der späten Herrschaftsform des Realsozialismus.

Wenn sie eine Volkspolizei und Volksarmee dieser Größenordnung hatten, wenn sie dazu den Staatsapparat durch den Parteiapparat gedoppelt hatten, wenn Bildung, Forschung, Medien und Gewerkschaften ihre Eigenständigkeit verloren hatten, wozu um alles in der Welt brauchten sie dann noch diesen überdimensionierten Geheimdienst, der historisch völlig neu ist? Sie brauchten ihn, weil sie ihren Bezug zur Wirklichkeit verloren hatten. Der Verlust von Wirklichkeit unter totalitärer Herrschaft, von dem Hannah Arendt spricht, er ereilt die Mächtigen stets zuerst. Sie erscheinen uns in einer merkwürdigen Mischung aus Arroganz und Neurose. Arrogant sind sie, weil sie sich vom Volk nicht mehr die Macht geben lassen, und neurotisch werden sie, weil sie wegen eben dieser Handlung ein schlechtes Gewissen haben. Und ein perpetuiertes schlechtes Gewissen hat üble Folgen, auch politische Folgen und nicht nur moralische. Es ist dann nicht nur so, daß einzelne Politiker korrupt und unmoralisch sind, sondern es ist eigentlich so, daß die Politik getötet wird. Die Politik als der Ausgleich von Kräften in einer offenen Gesellschaft, als Form der Auseinandersetzung von Gruppen und Einzelnen um politische Inhalte, all das ist unterbunden. Und indem wir diese Gesellschaft noch einmal so genau anschauen und speziell den Geheimdienst noch einmal betrachten, merken wir, wie tief der Stabilitäts- und damit auch der Glaubwürdigkeitsverlust der uns so stabil dünkenden Gesellschaften war.

Unter politikwissenschaftlichem Aspekt erscheint mir die Größe des Stasiapparates dann erklärbar, wenn wir sie als eine Kompensation für den Verlust der natürlichen Stabilität durch Legitimation, Legitimität betrachten. Die Stasi wird also als Ersatzstabilisator zu werten sein, als Ersatzsicherheit für eine nicht gegebene natürliche Sicherheit der politischen Verhältnisse.

Zu diesem Thema benötigen wir eingehende Untersuchungen. Es ist jetzt von mir - ich bin kein Wissenschaftler - erstmal eine aus der Erfahrung erwachsene Feststellung. Ich würde gerne die Zeit haben, sie in einer wissenschaftlichen These zu verfestigen. Es spricht viel dafür, daß die vorgetragene Feststellung richtig ist, aber ich würde das gerne genauer wissen und genauer nachlesen, und das möchte ich nicht erst meinen Kindern überlassen.

Ich lasse aus Zeitgründen die Erörterung der psychischen Nachwirkungen totalitärer Herrschaft aus, fordere aber an dieser Stelle ganz ausdrücklich den fächerübergreifenden Dialog und die fächerübergreifende

Bemühung ein. Es genügt eben nicht, wenn die Zeitgeschichtler und Politikwissenschaftler und Soziologen alleine über die Entfremdungen und Mißbräuche dieser Zeit nachdenken, sondern die Psychologie und Psychotherapie kann hier entscheidende Faktoren einbringen, und das ist hochwichtig, das wir über die Tellerränder unserer jeweiligen Zünfte gucken und ich ermutige Sie, an dieser Universität solches zu befördern.

Wir haben uns ein politisches Bild gemacht über die Rolle dieser Repressionsapparate und deshalb genießen wir uns nicht, wenn wir in das Zentrum dieses Dokumentationszentrums die Handlungsweise des MfS stellen. Wir sind dabei, bei einem der maßgeblichen Faktoren, die die Distanz der Herrschenden vom Volk unterstreichen, und wir sind dabei im Kern der politischen Bewertung.

Ich hatte von der komplizierten Aufgabe des Erinnerns gesprochen und habe an anderer Stelle schon mehrfach über die Langsamkeit von Wandlungsprozessen geredet, ich will das hier nur andeutungsweise tun. Es genügt nicht, daß die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag mit dem ersten und zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und dem Stasi-Unterlagengesetz wichtige Möglichkeiten der Rehabilitierung von Opfern und der juristischen, politischen und historischen Aufarbeitung der Vergangenheit geschaffen haben. Wir sind in der Tat in einer anderen Situation als Ende der 40er Jahre und in den 50er Jahren. Ich habe mit Erschrecken das Buch von Norbert Frei gelesen "Vergangenheitspolitik", in dem eine Summe von erschreckenden Prägungen durch eine nur 12-jährige Diktatur deutlich gemacht wird. Ein relativ großes Verständnis für die Täter und Verstrickten aller Couleur einte die Deutschen in der Nachkriegszeit, und eine Selektion des Erinnerns. Die selektive Wahrnehmung zieht ein selektives Erinnern nach sich. Und je intensiver wir uns die DDR-Zeit schöngeguckt hatten, desto intensiver werden wir uns bemühen müssen, ein selektives Erinnern zu beenden.

Ich erlebe in meiner eigenen Familie, daß Sprüche meiner Großmutter über die Nazizeit den Sprüchen der heutigen älteren Generation in meiner Familie unglaublich ähnlich sind. Es war eben auch nicht alles schlecht beim Führer; "die Autobahn, die Vollbeschäftigung und keine Kriminalität". Und wenn wir nur eine Autobahn mehr gebaut hätten als die nach Rostock, in der DDR-Zeit, dann hätten wir diese selbe Trias des gezinkten Erinnerns jetzt wieder. "Vollbeschäftigung und keine Kriminalität" haben wir ja, und dann kommen jetzt wahlweise unsere Kindergärten oder die

Goldmedaillen dazu. Nicht, daß ständig Recht gebeugt wurde, nicht daß Freiheit und Demokratie praktisch per Verfassung abgeschafft waren ist im Erinnerungsgut, sondern ein selektives Wahrnehmen ist in zu weiten Kreisen ungute Regel. Und es ist eine politische Aufgabe, diesem menschlichen Phänomen mit dem Gefühl und mit dem Verstande zu begegnen.

“Habe den Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen“, wie es Immanuel Kant lehrte, will offensichtlich in jeder Generation neu gelernt sein. Und wir merken plötzlich, warum Kant von Mut spricht, weil wir spüren, es ist eigentlich viel einfacher mit dem mainstream zu treiben und sich die Dinge schön zu gucken, auch erneut in der Erinnerung.

Ich möchte an dieser Stelle dem Landtag und der Regierung für den Entschluß danken, hier Institutionen zu schaffen für die Erinnerung, wir brauchen das. Wann sich die Mentalität der Menschen wandelt bei der unendlichen Langsamkeit des Mentalitätswechsels, das wissen wir nicht, aber die Wissenden werden schuldig, wenn sie ihr Wissen für sich behalten. Und deshalb werden wir nicht verschweigen was wir gelernt haben. Oft müssen wir dabei den Weg einer Minderheit gehen, aber wir nehmen dabei viele unserer nostalgischen Landsleute von Herzen gerne mit, lieber heute als morgen. Und wir werden auch nicht verzagen, wenn sie erst morgen mitgehen.

Darum ist es so wichtig, daß hier Nägel mit Köpfen gemacht werden. Wir kommen hierher mit einer Ausstellung, weil wir einen Bildungsauftrag haben, der aus einem Bundesgesetz abgeleitet wird. Diesen Auftrag verbinden wir mit Ihrem Bildungs- und Aufklärungsansatz, den Sie in Ihrer Landesregierung mit Unterstützung der Universität hier durchsetzen wollen. Ich denke, das wird eine gute Kooperation, wir sind noch nicht am Ziel aller unserer Wünsche, aber wir werden uns einigen. Wir, unsere Behörde und die Universitätsverantwortlichen, haben uns angeschaut und gesagt, wir machen das zusammen und dabei bleiben wir.

Wir werden die schwere Aufgabe der politischen Erinnerung an solchen Lernorten der Geschichte annehmen. Es gibt in Deutschland zweierlei Arten von Topographien des Terrors. Viele von uns wollen alles abräumen, was uns an die negativen Dinge erinnert. In Berlin muß man die Mauer suchen. Und diese Haftanstalt hier hätte man am liebsten vielleicht auch umgebaut. An historischen Orten, die das DDR-Unrecht sich errichtet hat, gedenkt es sich besser des DDR-Unrechts. Dies ist kein Ort der Nazirepression. Am Demmlerplatz in Schwerin wird sicher in besserer

Weise als hier auch des Unrechts der ersten deutschen Diktatur zu gedenken sein. Wir sind nicht geschichtsvergessen, wenn wir über die Kommunisten und ihre Zwangsherrschaft sprechen, und wir sind wache Zeitgenossen gerade in Rostock, in diesen Wochen sei das gesagt. Aber es muß eine qualitätvolle und das heißt wissenschaftlichen und museumspädagogischen Kriterien entsprechende Form der Aufarbeitung des jeweiligen Unrechts geben, und daher empfiehlt sich für Rostock der Schwerpunkt Repression durch das MfS, Repression im SED-Staat.

Zur Erfüllung unserer Aufgaben ist es erforderlich, daß wir miteinander im Gespräch bleiben. Die Politik muß mit der Universität sprechen, wir werden Teilnehmer an diesen Gesprächen sein. Wir brauchen Verbündete. Freiheit des Geistes wächst nicht von selbst, sondern man muß dazu etwas tun, und die Erinnerung und Aufarbeitung sind Hilfsmittel, diese Freiheit des Geistes zu befördern.

Lieber Jochen Gauck, Du sprichst mir genau das Problem an, was ich heute hier zu bewältigen habe, nämlich das selektive der Erinnerung. Ja, ich habe also vor ein paar Tagen oder fast schon Wochen den Auftrag erhalten, hier heute einen Zeitzeugenbericht über die Besetzung der Stasi-Zentrale Rostock zu geben. Das traf mich sehr unerwartet, ich habe darüber noch nie gesprochen, schon gar nicht öffentlich. Und deshalb - es ist nun also fast neun Jahre her - mußte ich alles zusammensuchen, was ich hatte, und das war höchst wenig. Trotzdem versuche ich hier, möglichst wahrheitsgemäß das zu erzählen, was mir noch in der Erinnerung ist.

Die Zeit des Zusammenbruchs der DDR waren für mich atemberaubende Wochen und Monate. Die ersten Tage des Dezembers waren für mich die wichtigsten und auch für mein weiteres Leben prägendsten. Die Enttarnung des IMES-Waffenlagers in Kavelstorf nahm der Diktatur der SED auch den letzten Hauch einer politischen oder gar moralischen Rechtfertigung. Das soll heute hier nicht Thema sein, wobei durch unsere Erfahrung mit Polizei und Staatsanwalt diese Ereignisse ansich nicht zu trennen sind. Doch nun der Bericht:

In zunehmendem Maße fällt es uns schwer, Gewalt bei den Demonstrationen am Donnerstag, die immer am Stasi-Gebäude vorbeiführten, zu verhindern. Unserer Bitte, daß es endlich ein offenes Forum geben soll - auch mit der Stasi - findet kein Gehör. Es kommen Gerüchte auf, daß die Stasi begonnen hat, Unterlagen zu vernichten. Schon Tage vor dem 4. Dezember war ich bei Jochen Gauck, um mit ihm meinen inneren Druck zu besprechen, Aktionen von uns bei der Stasi durchzuführen. Jochen schien das viel zu gefährlich, er hat mir abgeraten, und ich habe sogar auf ihn gehört. Heute bin ich ihm dankbar für seine Weitsicht.

An diesem Montag bin ich früh wieder zu Jochen Gauck gegangen, diesmal nicht um ihn zu fragen, sondern nur um ihm mitzuteilen, daß es noch heute zu einer Aktion kommen muß. Danach hatte ich einen Termin mit Dr. Rainer Ohff bei Wolfgang Grahl von den Norddeutschen Neuesten Nachrichten, wo wir mit zwei Offizieren der NVA verabredet waren wegen Unruhen in der Truppe und der von uns so heiß herbeigesehnten totalen Abrüstung der DDR. Rainer konnte meinem inneren Druck folgen, so daß wir uns nach Abschätzung der Risiken zu einer Mahnwache gegen

die Vernichtung von Unterlagen entschlossen. Falls man uns zu Gesprächen einlassen sollte, erarbeiteten wir drei Forderungen, bis zu deren Erfüllung die Mahnwache andauern würde.

1. Einsetzen eines unabhängigen Untersuchungsausschusses,
2. Kontrolle des gesamten Gebäudes durch die Volkspolizei,
3. sofortiges öffentliches Forum.

Unser Ruf nach der Volkspolizei war gegründet auf dem Wunsch nach Rechtsstaatlichkeit, auf der Angst, die Vorgänge des Zusammenbruchs der Diktatur könnten uns entgleiten. Das Neue Forum, das die Geister erst rief, fühlte sich verantwortlich für die Sicherheit. Bei der IMES-Geschichte hatte die VP funktioniert, Abtransporte der Waffen verhindert. Die Staatsanwaltschaft nahm unsere Anzeigen entgegen, die damals gestellt wurden wegen unerlaubtem Waffenhandel. Keine Gewalt - die Kerzen als Symbol. Auch die Forderung nach einem unabhängigen Untersuchungsausschuß zeigt, daß wir keine Macht wollten, daß wir die Stasi-Akten nach ihrer Rettung nicht in falschen Händen wissen wollten, um die Persönlichkeit endlich zu schützen. Diesen Ausschuß, diesen unabhängigen Untersuchungsausschuß, gab es landesweit nur in Rostock, überall sonst sind die Stasi-Besetzer selbst bei den Akten geblieben. Vielleicht ein Stück hanseatischer Freigeist, auf alle Fälle irgendwie die erste Gauck-Behörde, wenn auch völlig ohne Jochen.

Die beiden Offiziere der NVA informierten wir über unser Vorhaben mit der Bitte, sich mit den Soldaten einzureihen, auch in der Hoffnung, daß sie die Chance nutzen, um sich von der Stasi öffentlich zu distanzieren. Sie sagten uns das zu, sind jedoch leider nicht gekommen.

Steffi Kreuzfeld übernahm es, so viele Freunde wie möglich in der Stadt zusammenzutrommeln und Kerzen zu besorgen. Ich tat das gleiche in Rostock-Land, über unsere bewährte - heute würde man sagen Telefonhotline.

Nun habe ich bei Frau Dr. Viola Rank in der Sektion Physik der Uni das erste Schild gebaut und auf vier DIN A 4 - Blätter "Mahnwache gegen die Vernichtung von Unterlagen" geschrieben. Auch Freunde von Viola haben zugesagt zu kommen.

Der Anfang um 16.00 Uhr war bescheiden und nur vor dem Haupteingang. Im Gebäude war Feierabend, wir ließen alle Leute passieren.

Aber schnell wurden wir viel mehr, so daß es möglich wurde, das Osttor zu besetzen und später das Tor am Grünen Weg. Schwierig war es jetzt für mich, alles noch zu koordinieren.

Ich bat Wolfram Vormelker seinen Vater, einen angesehenen Rechtsanwalt, zu holen, außerdem wurde Landessuperintendent Wiebering gebeten, uns zu helfen. Dieses waren zwei angesehene Persönlichkeiten, die als Mittler zwischen der Stasi und uns fungieren sollten.

Genaue Zeitangaben zu den weiteren Dingen kann ich nicht machen, da die Ereignisse uns voll im Griff hatten. Wir hatten das Ziel, kein Auto mehr vom Stasihof zu lassen, damit nicht noch weitere Akten weggeschafft werden können.

Die Spannung stieg mit dem lauten Aufbeulenlassen von Motoren. Durch die Spalten sahen wir die Stasi in voller Uniform mit Helm und bewaffnet über den Hof laufen. Es sah nach einem Ausbruchversuch aus. Sollten wir stehenbleiben, wenn die Tore aufgehen und die Autos losfahren, so wie schon eine Woche zuvor vor dem IMES-Gelände in Kavelstorf? In dieser Phase hatte glaube ich jeder von uns Angst.

So machte ich gegen 18.45 Uhr den ersten Versuch die Volkspolizei zu erreichen. Oberst Muschinski versprach zu kommen. Die gerufene Polizei kam die nächsten Stunden nicht und ließ sich nun auch am Telefon verleugnen. So formierten wir einen Demonstrationszug zur BDVP, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, für die, die nicht hier aufgewachsen sind. Dort wurde uns nicht geöffnet. Keiner kam raus, obwohl sich schon zwei Tage zuvor unsere Partnerschaft bewährt hatte. Die Stasi war ihnen doch ein zu heißes Eisen. Es entstand die bizarre Situation, daß wir vor dem Polizeigebäude in lauten Sprechchören "Hilfe, Hilfe" riefen. Wir fahren sehr deprimiert zur Stasi zurück. Erst später habe ich erfahren, daß die Polizei sogar allerhöchsten Befehl hatte uns zu helfen.

Ich weiß nicht wann, aber mit einem mal stand der Chef der Stasi, General Mittag, bei uns am Tor im Grünen Weg. Er möchte sich gern mit uns unterhalten und bat uns ins Gebäude zu einer Art Forum zu kommen, also genau das, was wir seit Wochen forderten. Wichtig war es jedoch in diesem Augenblick, der ersten Begegnung mit dem General, unsere Forderungen zu unterbreiten. Hätten wir uns auf sein Angebot eingelassen, hätte die Stasi nach dieser Nacht in Ruhe weitergearbeitet. Schwer war es, die Menge von diesem kleinen Sieg des Zutrittes abzuhalten. Heute bin ich froh, daß es dem Stasitaktiker nicht gelungen ist uns zu entzweien.

Weitere einzelne Szenen übergehe ich, doch die Sympathie der Bevölkerung, die sich in Stullen, Tee und Kaffee und auch im Mitmachen äußerte, werde ich nie vergessen.

Überall waren wir uns einig, selbst bei der verhaßten Stasi: Keine Gewalt! Doch was hätte uns der Wunsch nützen können, - das sage ich hier ausdrücklich und sehr langsam - wenn es nicht auch um Stasi-General Mittag Vernunft gegeben hätte.

Als wir mit unserer traurigen Demo von der Polizei zurückkamen, waren die Herren Wiebering und Vormelker, Vormelker sen., es gibt ja auch den Wolfram Vormelker, bereits im Gebäude beim Verhandeln. Ich nehme an, der Polizeichef war auch schon dabei. Wann unsere offiziellen Verhandlungen begannen, wer warum dabei war, weiß ich nicht mehr.

Da einige von uns nun drinnen waren, mit allem Mißtrauen und auch aus Angst vor Eskalationen vor dem Haus sagten wir zu, daß wir alle halbe Stunde draußen einen Situationsbericht geben würden. Dies war, wie sich herausstellte, auch ein willkommenes Druckmittel bei den Verhandlungen, bei denen die Stasi, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und auf der anderen Seite die Bürger teilnahmen. Namen zu nennen ist schwierig, weil ich doch einen vergessen könnte. Grundlage waren die drei Forderungen, vor allem die Verhinderung weiterer Aktenvernichtung, bei der Behauptung des Generals, es hätte überhaupt keine Aktenvernichtung gegeben. Klar war, daß es nur bei Beendigung der Arbeit überall, auch in Waldeck, eine Kontrolle geben könnte.

Die Verhandlungen gingen über Stunden. Zähl mußte dem General Mittag jedes Zugeständnis abgerungen werden. Doch das Unmögliche wurde möglich:

- Schluß im ganzen Gebäudekomplex, auch in Waldeck,
- alle Mitarbeiter gehen nach Hause,
- das Gebäude wird Raum für Raum versiegelt und der Polizei übergeben,
- ein unabhängiger Untersuchungsausschuß übernimmt am nächsten Tag alles.

Doch plötzlich entsteht Tumult am Grünen Weg. Gerd Autrum aus Bad Doberan macht Stimmung, will rein. Einige wollen schon über die Mauer klettern. Ich liefere mir einen sehr lauten Dialog mit ihm und es

gelingt, wieder Ruhe herzustellen. Die Erregung vom Gerd ist persönlich verständlich, doch sie führt zur letzten wirklich gefährlichen Situation in dieser Nacht. Als ich wieder zurück zur Verhandlungsrunde komme, haben diese geschickten Stasi-Leute es geschafft, uns auseinander zu diskutieren und den erreichten Stand wieder in Frage zu stellen. Nach weiteren harten Verhandlungen gibt der General auf. Die Räumung und Versiegelung kann beginnen. Ingo Richter geht zu den Gefangenen.

Ich fahre nun endlich mit Oberst Hoffmann und Staatsanwalt Wichert nach Waldeck, wo Leute von uns seit Stunden vor dem Tor ausharren, ohne daß wir Verbindung haben konnten. Meine Begleitung verschafft uns Einlaß. Hoffmann behandelt mich wie den neuen General. Er hat Weisung, uns alles zu übergeben, fragt mich, ob er mir auch die Waffen übergeben soll. Ich denke, sein Zynismus kommt von der Wut, daß der General aufgegeben hat.

Wir wollen gerade alles organisieren, da fällt uns der Rauch im großen Heizhaus auf. Dort gehen wir schnurstracks hin, wir finden prall gefüllte Säcke mit Akten. Noch wird geleugnet. Dann ziehen wir aus dem Ofen brennende Akten. Nachdem wir die Versiegelung auch hier in Gang gesetzt haben, fahre ich mit den Resten verkohlter Akten in die August-Bebel-Straße zurück. An der Treppe steht der Staatsanwalt und der General, ich verlange die Verhaftung von General Mittag, wegen der Vernichtung von Beweismaterial. Der Staatsanwalt Müller denkt gar nicht daran. Noch vor Stunden hatte der General geleugnet. Ich werde sehr laut und ungehalten, Tumult entsteht. Nun spricht Müller die Worte der Verhaftung.

Später werden Unterschriften für Übergabeprotokolle nötig, wir gehen ins Arbeitszimmer des Generals, um alles zu erledigen. Inzwischen ist die Wahnsinnsarbeit des Versiegeln aller Räume ohne Zwischenfälle weitestgehend abgeschlossen. Zwischendurch gibt es Kaffee, alle sind zutiefst erschöpft.

Plötzlich ein neues Problem. Die Nachrichtentechnik im weit entfernten Hochhaus ist verschlossen. Keine Gewalt! Zäh wird wieder verhandelt. Wir gehen hin, dort sind alle Leitungen, von der Telefonleitung zu den Mitarbeitern, über Funkleitung bis hin zu den Leitungen der Regierung, von denen uns gesagt wird, daß fast ein Krieg entstehen könnte, falls wir sie totlegen. Der Reihe nach schalten wir ab. Bei der Regierungsleitung droht es zu eskalieren. Verhandlungen. Immer wieder gehen Dietlind

Glüer, Harald Terpe und ich in den Nebenraum, um uns abzustimmen. Mittag sagt, geben Sie mir Weisung, ich tue es, aber auf Ihre Verantwortung. Wir ringen uns dazu durch. Da kommt plötzlich die Meldung, daß man mit den Besetzern vor Ort klar gekommen ist. Die Stasi nutzte geschickt den großen räumlichen Abstand, - das war nämlich gleich hier, und wir waren drüben auf der anderen Seite -, um uns gegeneinander auszuspielen. Ich weiß nicht, wie oft ich noch hin- und hergelaufen bin, auch der erschöpfte General willigte schließlich in eine Überwachung durch einen Bürger und einen Polizisten ein. Ja, es ging zum Schluß sogar noch darum, sitzen die beiden diesseits oder jenseits der Tür. Uns war klar, wie wichtig diese Verbindung auch für die Stasi ist.

Seit seiner Verhaftung war der General ständig bewacht, es wurde der Wortlaut der Protokolle verhandelt, sie wurden unterzeichnet, der Staatsanwalt nahm den General mit aus dem Haus.

Wie war es nur möglich, daß die Stasi in Rostock aufgehört hatte zu arbeiten. Kein Schuß, nicht der kleinste Zwischenfall, alles ging gut, in mir macht sich große Dankbarkeit breit.

Doch auch in Waldeck mußte alles abgeschlossen werden, Protokolle geschrieben sein, ich lasse dort ebenfalls die beiden Verantwortlichen der Stasi, Hoffmann und Falck verhaften. Das anfängliche Sträuben des Staatsanwalts findet hier in Anwesenheit vieler Polizisten statt. Wir spüren ihre Sympathie. Stunden später ist auch hier die Polizei der Haus herr, so wie wir es gewollt haben.

Meine Nacht endete erst am späten Vormittag, denn wir wollten noch den gut getarnten Führungsbunker der Stasi in Ikendorf ausheben.

Eine Antistasi-Arbeitsgruppe am Rande einer Landesdelegiertenversammlung des Neuen Forums Anfang Januar in Leipzig zeigte, daß nur drei Bezirksverwaltungen im ganzen Land definitiv aufgehört hatten zu arbeiten. Die Rostocker war dabei, die Schweriner allerdings auch.

Dieser Erlebnisbericht ist sicher lückenhaft. Bei all dem, was ich inzwischen darüber gelesen habe ist mir klar, wie subjektiv jedes Erlebnis ist. Bitte sehen Sie mir Fehler nach, vor allem im Hinblick auf die Zeit von neun Jahren, die uns von den Ereignissen trennt.

Es war schon ein denkwürdiger Tag, dieser Montag, der 4. Dezember 1989!

Auch in einer gewissen zeitlichen Distanz und weniger emotionsgeladen als damals, erscheint mir und anderen *vieles in dieser Zeit Erlebte* auch heute noch wie ein Wunder!

Da Wunder aber immer Ursachen haben, greifbare, realistische Ursachen, so möchte ich denn heute, fast zehn Jahre danach, über *meinen* Teil der Erinnerungen an diesen Tag sprechen. Teil insofern, als die Fülle der Erlebnisse vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 für mich mehr als nur einen kurzen Erlebnisbericht bzw. einen Zeitzeugenbericht darstellen. Es würde sicherlich ein Buch füllen, aber dazu fehlte auch mir bisher die Zeit.

Dabei möchte ich gleich zu Anfang sagen, daß es für mich, wie für andere meiner Freunde, immer wieder erstaunlich ist, wie sich einige im Nachhinein mit ihrem vermeintlichen Einsatz in der politischen Wende und vor allem gegen den Staatssicherheitsdienst stärker zu profilieren versucht haben, als es den Realitäten entsprach.

Aber auch das ist wohl menschlich!

Als vor einiger Zeit mein Freund, Prof. Kersten Krüger, die Bitte an mich herangetragen hat, zur Eröffnung dieses Dokumentationszentrums einen Zeitzeugenbericht über die Besetzung der Stasi-Zentrale in Rostock zu geben, tauchten aus dem Nebel der Vergangenheit Bilder auf, Bilder, die sich im Laufe der Zeit des Nachdenkens darüber wieder stärker verdichteten.

Ein Bild und eine Tatsache ist und bleibt allerdings unauslöschlich, und das ist die wirklich herausragende Bedeutung - gerade für diesen Einsatz - von meinem Freund Axel Peters. Es wäre mir persönlich unfair und auch unlauter vorgekommen, wenn nicht hier und heute auch Axel Peters gesprochen haben würde, und zwar *vor mir*, denn *er* war zu jener Zeit die herausragende Führungsfigur für derartige Einsätze gegen den Staatssicherheitsdienst. Das schmälert in keiner Weise die geistige Führungsrolle von Joachim Gauck während der Wende.

Und so kommt es denn, daß wir beide oder wir drei heute hier in diesem Gebäude wieder zusammengekommen sind und versuchen, aus dem tiefen Brunnen der Vergangenheit zu schöpfen, allerdings aus einem Brunnen mit trübem Wasser, mit sehr trübem Wasser!

Wenn wir alle auch überzeugt sind, daß die demonstrierenden Massen

schließlich den stärksten Eindruck auf die damalige SED-Führung hinterließen, so waren es letztlich doch nur eine Handvoll Leute hier in der ehemaligen DDR, die als Katalysatoren mit großer Konsequenz die gemeinsamen Ziele verfolgt und auch durchgesetzt haben.

Am Montag, dem 4. Dezember 1989, war ich als Oberarzt der Universitäts-Kinderklinik zum Nachtdienst eingeteilt, lief also im weißen Kittel durch die Kinderklinik und erhielt plötzlich so zwischen 20.00 Uhr und 21.00 Uhr einen dringenden Anruf aus der Stasi-Zentrale.

Am Telefon meldete sich Horst Denkmann, ein Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, oder wie es damals noch hieß, der "SDP der DDR", um unnötige Konflikte mit den Staatsorganen im Vorfeld zu vermeiden. Nach dem Besuch von Willy Brandt in Rostock zwei Tage später, am 6. Dezember 1989, haben wir uns dann allerdings bereits den Namen SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gegeben und dies auch in einer Presseerklärung vom 8. Dezember 1989 kundgetan. Ich entsinne mich noch an den Widerstand der damaligen Leitung der Ostsee-Zeitung, eine solche Pressemitteilung entgegenzunehmen.

Ganz spontan sagte Horst Denkmann zu mir am Telefon: "Ingo, rate mal, woher ich Dich anrufe!" "Natürlich von zu Hause!" erwiderte ich zunächst, denn unser Demonstrationstag in Rostock war der Donnerstag. "Nein" sagte er "aus der Stasi-Zentrale. Komm bitte sofort im weißen Kittel her, bringe einen Notfall-Koffer mit, denn es sind alle noch bewaffnet!" Das waren seine Worte.

Nun kann man ja als diensthabender Arzt oder Oberarzt nicht einfach so die Klinik verlassen. Also mußte ein Vertreter her. Und so kam es, daß mich ausgerechnet in dieser Nacht der damalige Parteisekretär der SED der Kinderklinik vertreten hat und vertreten mußte.

Vielleicht haben es manche schon vergessen oder verdrängt: Jede Klinik, jeder Betrieb, jede noch so kleine Institution in der DDR hatte neben anderen - auch nicht parteigebundenen Auftragnehmern - einen SED-Parteisekretär!

Ich fuhr also mit meinem ahorngelben Wartburg-Tourist, auf den ich sehr stolz war, denn ich hatte über 14 Jahre darauf gewartet, zum Stasi-Hauptquartier, und zwar zum Eingang am Grünen Weg.

Diese kleine Straße war ursprünglich ein Durchgangsweg von der Augustenstraße zur August-Bebel-Straße, und die war nach dem Bau des Stasi-Gebäudes Anfang der 50er Jahre zur Sackgasse geworden, und damit hatte dieser riesige Komplex eine völlige Geschlossenheit erreicht, ein-

schließlich der Wohnungen der Mitarbeiter.

Diese Sackgasse im Rest des Grünen Weges war nun von einer unruhigen Menge Menschen überfüllt, es mögen einige Tausend gewesen sein, die im Sprechchor brüllten: "Wir wollen rein!" Wir kennen das alle noch!

Aber das Gleiche spielte sich - und in viel stärkerem Maße - am Haupteingang in der Augustenstraße ab. Gleichfalls standen auch in der Hermannstraße Leute. Wir wollten alle Ausgänge des Staatssicherheitsgebäudes besetzen und bewachen.

Zu meiner großen Überraschung - oder vielleicht auch nicht - ließ man mich - absolut diszipliniert - dort ohne jegliche Aggression vorfahren, so daß ich den Wagen im Grünen Weg, in dieser kleinen Sackgasse, parken konnte.

Am nächsten Morgen fand ich meinen Wagen trotz der wirklich turbulenten Nacht an den Toren völlig unbeschädigt vor.

Möglicherweise waren es der weiße Kittel und der Notfall-Koffer, die auch bei dem Stasi-Mann an der Wache Eindruck machten, so daß ich nach einem kurzen energischen Hinweis auf meine Hilfeleistungspflicht als Arzt den Wachposten - ein junger Mann von etwa 20 Jahren - passieren konnte. Er rief einen weiteren Mitarbeiter herbei, der mich dann in das Innere dieses verhaßten Gebäudes brachte.

Dort saßen bereits einige Freunde von uns, es mögen etwa zehn gewesen sein, und einige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in Zivil und in Uniform um einen runden Tisch versammelt. Von unseren Freunden nenne ich neben Axel Peters spontan Dietlind Glüer, Harald Terpe, Horst Denkmann, Pastor Fred Malburg, Pastor Joachim Wiebering und den Rechtsanwalt Hans-Joachim Vormelker.

Von der Gegenseite erinnere ich mich nur noch an den Stasi-Chef, Generalleutnant Mittag, und den Generalstaatsanwalt Müller, Personen, die ich vorher Gott sei Dank noch nicht kannte.

Man möge mir auch verzeihen, daß ich nicht mehr alle Anwesenden dieser ersten Runde mit Namen benennen kann, später kamen sogar noch etwa 20 Personen von draußen hinzu.

Die Situation war damals generell so, daß sich bis dahin völlig wildfremde Menschen spontan zusammenschlossen zum gemeinsamen Handeln. Man schloß Freundschaften, ohne irgendetwas Genaues voneinander zu wissen. Das führte allerdings im Laufe der Zeit auch wiederum zu Brüchen und Enttäuschungen, besonders dann, wenn man Näheres von diesen vermeintlichen Freunden erfuhr.

Aber das Ziel, dieses Unrechtssystem zu beseitigen, hat zeitweilig ein großes Gemeinschaftsgefühl aller hervorgerufen.

Verhandlungsführer unserer Runde war eindeutig Axel Peters.

Mit wirklich großer Konsequenz wurden den Stasi-Oberen Schritt um Schritt Zugeständnisse abgerungen und auf die Besichtigung und Untersuchung aller Räume auf allen Etagen dieses Gebäudes hingearbeitet. Wir waren ja damals noch der Meinung, in diesem Gebäude befänden sich drei Kelleretagen untereinander, was sich später als Irrtum herausstellte.

Unter dem Druck der an den verschiedenen Zugängen des Staatssicherheits-Gebäudes agierenden Menschen mußte Axel Peters - aber auch andere - mehrmals die Runde verlassen, um draußen ein Lebenszeichen von uns zu geben und die Menschenmassen zu beruhigen.

Und genau in dieser Zeit seiner einmalig kurzen Abwesenheit drohte das bisher erreichte Verhandlungsergebnis zu kippen. Nach seiner Rückkehr erkannte er sofort die Situation, und die mühsame, klebrige Diskussion mit den Stasi-Oberen begann von vorn. Schließlich, nach zähem, stundenlangem Ringen, begaben wir uns endlich zum Rundgang durch das Gebäude ins Treppenhaus.

Hier sah ich nun erstmals die vielen schrecklichen Eisentüren und Eisengitter wieder, durch die ich gegangen war, als ich einmal meinen Bruder besucht habe, der nach einem Fluchtversuch am Dassower See 1965 zu zwei Jahren verurteilt wurde und hier in diesem Gebäude für sechs Wochen in Untersuchungshaft saß.

Er ist dann später von der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe des Rechtsanwalts Vogel für 40.000 DM freigekauft worden. Das Perverse war, daß er nicht etwa am Dassower See verhaftet wurde, sondern sich bereits außerhalb der berüchtigten Fünf-Kilometer-Zone befand. Ein Dorfpolizist sah ihn mit dem Fernglas auf der Landstraße gehen und fragte: "Was machst Du hier, wo kommst Du her?" Und mein Bruder antwortete in seiner unnachahmlichen Art: "Ich wollte abhauen, aber ich hab' es mit anders überlegt." Daraufhin wurde er sofort verhaftet.

Später, als wir uns dann nach dem Fall der Mauer erstmals widersahen, haben wir über diesen Vorfall noch öfter diskutiert, denn er hätte sich doch auch wehren können...!

An eine Situation im Treppenhaus erinnere ich mich ebenfalls noch genau: Wir standen erneut vor einem verschlossenen Raum, dessen Besichtigung uns zunächst verweigert wurde, bis ein offenbar höherer Stasi-Mitarbeiter von zu Hause gerufen wurde, der dann auch in Zivil dazukam. Er sah

ausgesprochen bieder aus. Typische Erscheinung "Wolf im Schafspelz".

Er behielt ständig eine Hand in der Hosentasche, bis Axel ihn aufforderte, die Hand aus der Tasche zu nehmen. Auffälligerweise tat er das auch, denn sie gehorchten und taten das, was wir gesagt haben. Das war schon faszinierend! Als er dann die Hand aus der Tasche nahm, beulte die Tasche allerdings noch stärker aus, als zuvor. Daraufhin sagte Axel zu mir - ich stand ja im weißen Kittel neben ihm - "Bleib` mal mit Deinem Notfall-Koffer in meiner Nähe, Du siehst ja, sie sind alle noch bewaffnet."

Dies ist nur ein winziges Detail jener Nacht, welches nur andeutungsweise die Situation - gewissermaßen anekdotisch - widerspiegelt.

Hatten wir Angst in jener Nacht? Ich weiß es nicht mehr! Aber ich weiß, daß auch ein Schuß Abenteuer dabei war!

Jedenfalls hat es mich dann doch überrascht, daß einige der eher Abwartenden aus der Zeit der politischen Wende später unverdientermaßen in Führungspositionen gelangt sind, während andere, starke Persönlichkeiten dieser Tage des Herbstes 1989 sich zurückgezogen haben. Während diese sich engagiert und uneigennützig um Veränderungen in Stadt und Land gekümmert haben, arbeiteten jene ausschließlich für ihre eigene Karriere.

Auch das ist wohl menschlich!

Mehrfach mußten die sehr aufgebrachten Menschen außerhalb des Stasi-Gebäudes beruhigt und vom gewaltsamen Eindringen abgehalten werden. Andererseits haben wir mit dieser Situation gegenüber unseren Verhandlungsgegnern von der Staatssicherheit Druck ausgeübt, daß ohne Fortschritt bei den Verhandlungen die Massen das Gebäude gewaltsam einnehmen würden.

Schließlich wurde vereinbart, daß wir alle 30 Minuten nach draußen ein Lebenszeichen geben sollten und über den Fortgang der Untersuchungen zu berichten hätten. Und so ging es dann bis in die frühen Morgenstunden.

Ich selbst habe in dieser Nacht etwa 30 Strafgefangene befragt und ärztlich untersucht und dabei festgestellt, daß die Gefangenen in *diesem* Gebäude erst drei Tage zuvor ausgetauscht worden waren. Die eigentlichen politischen Gefangenen hatte man ins Untersuchungsgefängnis Schwaansche Straße - heute steht da der Rostocker Hof - verbracht. Hier in *diesem* Gebäude saßen nun überwiegend Diebe, drei Mörder, eine Kindesmörderin und sechs Leute aus dem Raum Wolgast, die wegen Nazi-Schmierereien inhaftiert worden waren.

Der Generalstaatsanwalt Müller, der mich von Zelle zu Zelle brachte, und nach dessen Anordnung die Zellen vom Wachpersonal geöffnet werden mußten, hatte den Raum während meiner Gespräche mit den Gefangenen zu verlassen, darauf habe ich damals bestanden.

Es war schon beklemmend, plötzlich mit den Strafgefangenen in einer Zelle allein zu sein, zumal sie von draußen wieder verschlossen wurde. Ich entsinne mich, daß ich selbst mit diesen durchaus zu Recht einsitzenden Gefangenen Mitgefühl, teilweise sogar Sympathie empfand, weil die Antipathie gegen den Staat DDR und dessen Machtorgane wesentlich größer war, als gegen diese kleinen Verbrecher.

Morgens, gegen 6.00 Uhr, versammelten wir uns dann im Essenraum, ließen uns von den Küchen-Mitarbeitern der Stasi Kaffee kochen und sahen die Protokolle durch.

Nie werde ich vergessen, wie der Stasi-Chef, Generalleutnant Mittag - ein alter Mann - das Protokoll über die Untersuchung der Strafgefangenen mit zittriger Hand unterschrieb und dabei etwas servil fragte, ob der Gesundheitszustand der Gefangenen denn auch in Ordnung sei und ob ich bestätigen könne, daß sie korrekt behandelt und nicht mißhandelt worden seien.

Gegen 7.30 Uhr verließ ich durch den Vordereingang in der August-Bebel-Straße das Gebäude. Von den etwa 400 noch oder schon wieder Anwesenden vor der Tür wurde ich natürlich mit Fragen bestürmt. Im Grunde genommen wollte jeder mal rein! Ich holte meinen Wagen vom Grünen Weg und fuhr pünktlich zum Dienstbeginn in die Kinderklinik.

Bei unserer morgendlichen Arztbesprechung um 8.00 Uhr habe ich kurz meinen Dienstaustausch und den Grund erwähnt. Der haßerfüllte, kalte Blick eines Klinikleitungsmitglieds ist mir dabei sehr bewußt geworden.

Heute, fast zehn Jahre danach, können wir schon wieder sachlich über alle diese Dinge berichten. Das war nicht immer so. Aber seien wir froh darüber!

Es ist jedenfalls eine weitsichtige Entscheidung der Landesregierung, hier in diesem ehemaligen Stasi-Gebäude ein Dokumentationszentrum einzurichten, in welchem die Universität Rostock und die Gauck-Behörde auch wissenschaftlich zusammenarbeiten.

Historisch gesehen - das ist meine Sicht der Dinge - kann und darf es eigentlich nur *ein* Dokumentationszentrum sein, und zwar das einer kommunistischen Diktatur!

Wie viele andere Vorgänge im DDR-Alltag wurden auch die Zustände in den Haftanstalten der Stasi durch die politische Großwetterlage beeinflusst. Während in den Jahren bis 1951 die von der K 5 bzw. nach Gründung der Stasi durch sie Festgenommenen in den meisten Fällen dem NKWD übergeben und die Verurteilungen durch sowjetische Militärtribunale vorgenommen wurden, änderte sich dies in der "Nachstalinzeit". Die Urteile des SMT in Schwerin lauteten in der Regel 25 Jahre Arbeitslager, oftmals zweimal 25 Jahre, und, soweit es Rostocker Studenten betraf, dreimal Todesstrafe. Noch 1951 wurden Arno Esch und Fred Gedowski in der Lubjanka erschossen. Fiete Wiese erfuhr einen Tag vor seiner Hinrichtung von seiner "Begnadigung" zu 25 Jahren Arbeitslager. Die Mißhandlungen während der NKWD-Haft und die Verhöre unterschieden sich in nichts von jenen der Gestapo. Die Häftlinge wurden mit Hundepeitschen und Ketten zusammengeschlagen, um ihre Unterschrift unter die "Verhörprotokolle" zu erzwingen, um nachher blutüberströmt in die Zellen geworfen zu werden.

Nachdem sich die Bezirksbehörde der Stasi im ehemaligen "Rostocker Hof" etabliert hatte, änderte sich die Situation ein klein wenig. Die körperlichen Mißhandlungen beschränkten sich Mitte der 50er Jahre darauf, Gefangenen, die sich "unbotmäßig" verhielten, die Zähne einzuschlagen, oder was besonders beliebt war, die Hände über Stunden mit ganz engen Handschellen auf dem Rücken zu fesseln. Die Folgen davon waren angeschwollene Hände und Handgelenke, die tagelang große Schmerzen verursachten. Die Behandlungsweise änderte sich später, als die Häftlinge an die Bundesrepublik verkauft wurden und das Abkommen von Helsinki in Kraft trat. Von da an war auch eine wesentlich bessere Verpflegung sichergestellt.

Das alte Untersuchungsgefängnis der Stasi befand sich in der Schwaanschen Straße und war mit dem Rostocker Hof durch einen Zwischentrakt verbunden worden. Üblicherweise erfolgte die Verhaftung auf der Straße. Ein schwarzer EMW hielt, drei Männer sprangen heraus, packten den Betroffenen, zerrten ihn in den Wagen, und ohne einen Ton zu sagen, ging es ab in die Schwaansche Straße. In einem kleinen Raum wurden einem alle Sachen abgenommen, Gürtel, Hosenträger, Schnürsenkel,

¹Der Verfasser möchte anonym bleiben

Brille, in manchen Fällen das Gebiß. Leibesvisitation. Alles wurde genau aufgeschrieben, und anschließend wurde man von zwei Uniformierten durch den Verbindungsgang in eine der Zellen geschafft. Diese Zellen waren in ödem Grau gestrichen. Sie enthielt nur ein Wandklappbett, einen "Kübel" für die Notdurft und darauf eine Aluminiumschüssel zum Waschen. Über der Zellentür befand sich ein Scheinwerfer, der Tag und Nacht auf das Bett gerichtet war. Nachtruhe gab es von 22.00 Uhr bis 5.30 Uhr. In dieser Zeit durfte man auf der Pritsche liegen, aber nur so, daß das Gesicht frei war und beide Arme auf der Decke lagen, um zu verhindern, daß sich die Häftlinge selbst umbringen. So zu schlafen war aber eine Folter, jeder Verstoß gegen diese Schlafhaltung wurde mit einem heftigen Riegelschlag bestraft. In der Stille des Gefängnisses klang das wie ein Kanonenschlag und weckte natürlich auch die anderen Häftlinge. Auch am Tage passierte dies des öfteren, wenn die beiden ständig beobachtenden Wachleute einen Verstoß sahen. Zwei Mann - zum Teil waren es auch Frauen, die besonders sadistisch waren - schlichen auf Filzslatschen durch die Gänge und beobachteten die Häftlinge durch den Spion.

Als Sitzgelegenheit durfte nur die Ecke der Pritsche genutzt werden. Anlehnen an die Wand war strengstens verboten. Wurde man dabei erwischt, gab es Krach oder die Pritsche wurde ganz hochgeschlossen und erst um 22.00 Uhr herabgelassen. Der Grund dieses Verbotes war folgender: Nach einiger Zeit kam man dahinter, daß man sich mit dem Zellenachbarn verständigen konnte, und zwar durch Klopfen. Aber nicht so, wie in den alten Krimis geschildert, durch Klopfen auf die Heizkörper, - nein - das hätte die Stasi gleich mitbekommen, sondern man klopfte mit einem von der Hose abgedrehten Knopf gegen die Wand und zwar nach folgendem Rhythmus: a = einmal, b = zweimal, c = dreimal usw. Das dauerte zwar lange, aber man bekam eine derartige Routine, daß man recht schnell eine Verbindung herstellen konnte. Mir ist es heute noch kaum erklärbar, daß selbst einfache Leute dieses System ohne Hinweise rasch begriffen haben. Deswegen war das Anlehnen an die Wand verboten, und wenn jemand erwischt wurde, Pritsche hoch, und man konnte den ganzen Tag in der Zelle auf- und ablaufen.

1954/1955 waren die Zellen nicht geheizt, bei oftmals eisiger Kälte lief man ständig auf und ab. Dabei schlappte man in den Schuhen, denn die Schnürsenkel fehlten. Die Folge war, daß man sich die Füße wundlief. Wäsche zum Wechseln gab es keine, man erschien zum Prozeß in der Klei-

dung, in der man verhaftet wurde. Rasieren konnte man sich alle 14 Tage auf dem Flur mit einem Rasierapparat, dessen Klinge mehr einer Pflugschar als einer Rasierklinge glich. Einen Haarschnitt gab es erst vor dem Prozeß, so daß man immer wie ein echter, stinkender "Berber" aussah. Da sich in diesen Zellenfenstern Glasziegel befanden und davor noch zusätzlich Blechblenden, die nur nach oben hin einen kleinen Lichtstreif hindurchließen, stank es in den Zellen ganz fürchterlich.

Zu den Verhören wurde man mit einer Nummer aufgerufen und durch den Gang nach vorne in die Verhörräume gebracht. Beim Öffnen der Zellentür hatte man mit dem Gesicht zur Wand unter dem Zellenfenster zu stehen, Hände auf dem Rücken verschränkt. Auf dem Weg zu den Verhörräumen achtete das Wachpersonal streng darauf, daß kein Unbefugter oder gar ein anderer Häftling auf dem Gang war. Die Verhörräume waren immer abgedunkelt. Nur auf dem Tisch des Vernehmers - später hießen sie Untersuchungsführer - brannte eine Tischlampe. Wenn man Pech hatte, stellte er noch einen Scheinwerfer an, der den Delinquenten anstrahlte. Man saß in der Ecke des Zimmers auf einem dreibeinigen Hocker, der mit einem Lederriemen am Fußboden festgezurt war. So sollte vermieden werden, daß ein entnervter Häftling mit dem Hocker auf den Vernehmer losgehen konnte. Dann begannen die Tag- und Nachtverhöre im Wechsel mit den üblichen Beschimpfungen, und in vielen Fällen auch körperlichen Mißhandlungen. Wichtig waren die psychologischen Tricks, mit denen die Häftlinge gegeneinander ausgespielt werden sollten, sowie Drohungen, die Frau oder den Mann zu verhaften, die Kinder in Anstalten zu bringen und ähnliches mehr.

Die stehende Redewendung, die alle ehemaligen Häftlinge in leicht abgewandelter Form zu hören bekamen war: "Wir werden Sie brechen, wir werden Sie psychisch so brechen, daß Sie nur noch dazu taugen, uns Häuser und Straßen zu bauen, das ist unser Hauptziel. Wir wollen Sie nicht umbringen, aber Sie werden seelisch und moralisch gebrochen". Ein Credo, das sich durch alle Vernehmungen zog, und das immer wieder von den Vernehmern zitiert wurde.

Die Vernehmer selbst hatten, um den Gestank zu mindern, den die zu Vernehmenden verbreiteten, Parfümflaschen auf den Schreibtischen zu stehen und parfümierten sich laufend. Auf meine Frage an den Vernehmer, warum tun Sie sich das eigentlich an, diesen Gestank von uns, lautete die Antwort: "Damit zeigt sich, wie haushoch wir Ihnen überlegen sind."

Sie sind der kleine dreckige Verbrecher und wir sind die Repräsentanten des Arbeiter- und Bauernstaates, den Sie ruinieren wollten“. Auf diese Weise haben sie sich selbst aufgebaut und eine gewisse Überlegenheit gegenüber den wehrlosen und rechtlosen Häftlingen sichern wollen.

War man bei den Verhören widerspenstig oder gar unwillig, bestimmte Passagen in den Protokollen zu unterschreiben, dann landete man in der Besenkammer. Auf jedem Flur befand sich - der Rostocker Hof war ja ein Hotel gewesen - eine Besenkammer, etwa 80 cm x 1 m, in der man stehen oder hocken konnte. In ihr war es stockdunkel und es stank fürchterlich. Letzteres erklärt sich daraus, daß man nach 8 oder 10 Stunden seine Notdurft verrichten mußte, und dieses konnte eben nur an Ort und Stelle geschehen. Die Wäsche konnte man sich dann "auf Zelle" in der einzigen Waschschüssel unter dem Grinsen des Wachpersonals am Spion wieder reinigen.

Bereits zu dieser Zeit konnte man sich einen Anwalt wählen. Jedoch bestand erst einen Tag vor dem Prozeß die Möglichkeit, die Anklageschrift zu lesen - ebenso für den Anwalt - und man konnte den Anwalt in Gegenwart eines Stasioffiziers sprechen. Eine Kontaktaufnahme mit den Angehörigen war zu dieser Zeit nicht möglich. Dies änderte sich jedoch in den 70er Jahren, als Anwälte ihre Klienten schon früher sprechen konnten, allerdings auch jetzt nur unter Stasiüberwachung.

Aus eigenem Erleben und vielen Gesprächen mit Leidensgenossen während der Haftzeit - und nun nach der Wende - waren neben den zum Teil körperlichen Mißhandlungen, die völlige Isoliertheit, die geradezu erdrückende Stille, der ständig strahlende Scheinwerfer und der Gestank in den Zellen die belastendsten Erlebnisse. Nicht wenige ehemalige Häftlinge leiden auch heute noch unter diesen Belastungen. Schlafstörungen, plötzliches Erschrecken oder Anfälle von nicht zu erklärender Nervosität bereiteten und bereiten den Betroffenen immer noch Schwierigkeiten im täglichen Lebensablauf. Bedauerlicherweise finden diese Erscheinungen keine Berücksichtigung als Haftschäden. Psychischer Druck, Stille, Einsamkeit in engen Räumen, Hunger und Kälte belasten oft mehr als körperliche Mißhandlungen. Ich weiß von Häftlingen, die in der Zelle geradezu schrien: "Verprügelt mich doch, schlägt mich zusammen" um dem ständigen psychischen Druck zu entgehen.

Besonders grausam war die Behandlung der Häftlinge in dem berüchtigten "U-Boot" der Stasi in Berlin-Hohenschönhausen. Dort wurden die

Methoden der Stalinzeit durch die Stasi bis in die 80er Jahre praktiziert.

Nach der Verurteilung blieb man in der Regel noch für eine geraume Zeit in der Stasihaft. Dann erfolgte die Überführung in eines der zahlreichen Zuchthäuser. Dort angekommen wurde man von den anderen Häftlingen schon am äußeren Aussehen als Stasiopfer erkannt. Superschlank, gelb-grün im Gesicht und in verschmutzter Kleidung landete man in den Zugangszellen, die, wie alle anderen, mit vier bis sechs Mann belegt waren. Heute firmieren sie als Einzelzellen.

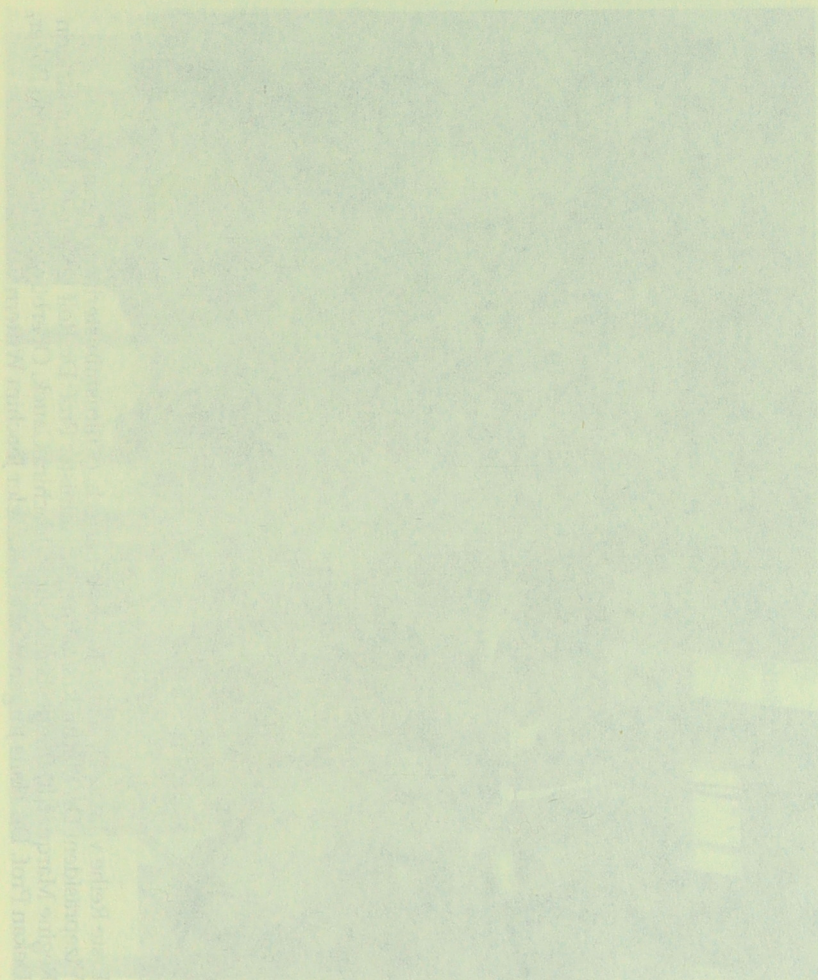
Positiv war nur, daß die Verpflegung besser bzw. etwas reichhaltiger war als bei der Stasi. Bei ihr gab es morgens zwei ganz dünne Scheiben Brot mit etwas Marmelade, mittags einen Napf mit stinkendem Eintopf und abends wiederum zwei Scheiben Brot mit etwas Blut- oder Leberwurst. Danach konnte ich Jahrzehntelang keinen Eintopf mehr riechen. Bei dieser Verpflegung war man natürlich entsprechend abgemagert, was wiederum zur Belustigung der Vernehmer führte. Da man weder über einen Gürtel noch Hosenträger verfügte, mußte man die Hose immer mit der Hand festhalten. So erschien man auch zur Vernehmung, wo man gefragt wurde: "Nanu, warum tragen Sie Ihre Hose mit der Hand, haben Sie keinen Riemen?".

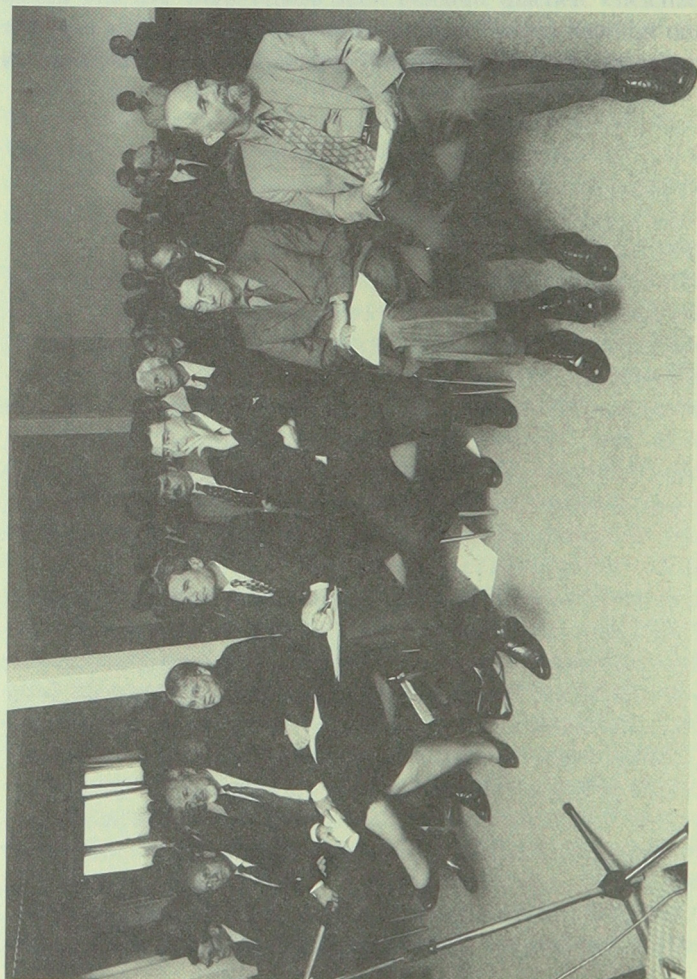
Auch wenn man im Zuchthaus war, war man noch längst nicht aus den Klauen der Stasi, denn da war ja auch der berühmte "Onkel", der immer wieder Häftlinge zu sich beorderte und versuchte, Zellenspitzel zu rekrutieren. Sie wurden dann mit Bockwurst oder Torte geködert und mancher ließ sich darauf ein. Einen dieser kriminellen Oberspitzel haben wir nach der Wende bei der Dienststelle von Herrn Kittlaus in Berlin zur Anzeige gebracht. Wie sich bei den Recherchen herausstellte, war er mit politischen Häftlingen in die Bundesrepublik verkauft worden und hatte auch von dort fleißig weitergespitzelt. Leider ist er 1967 in der Nähe von Stuttgart verstorben. Sein Nachlaß an Spitzelberichten füllte nach Informationen der Dienststelle eine Vielzahl von Ordnern. So endete die Karriere eines mehrfach vorbestraften Kriminellen als Mitarbeiter der Stasi.

Bemerkenswert scheint gerade aus heutiger Sicht auch folgende Entwicklung in den DDR-Gefängnissen. Während bis in die 60er Jahre auch unter den Kriminellen Sittlichkeitsverbrecher und Zuhälter zur allerletzten Kategorie zählten, machten sie in den 70er Jahre Knastkarriere und wurden als Sprecher und Kalfaktoren zur "Führenden Klasse" im Knast. Welch groteske Parallele zu den Berichten über die Zustände in den

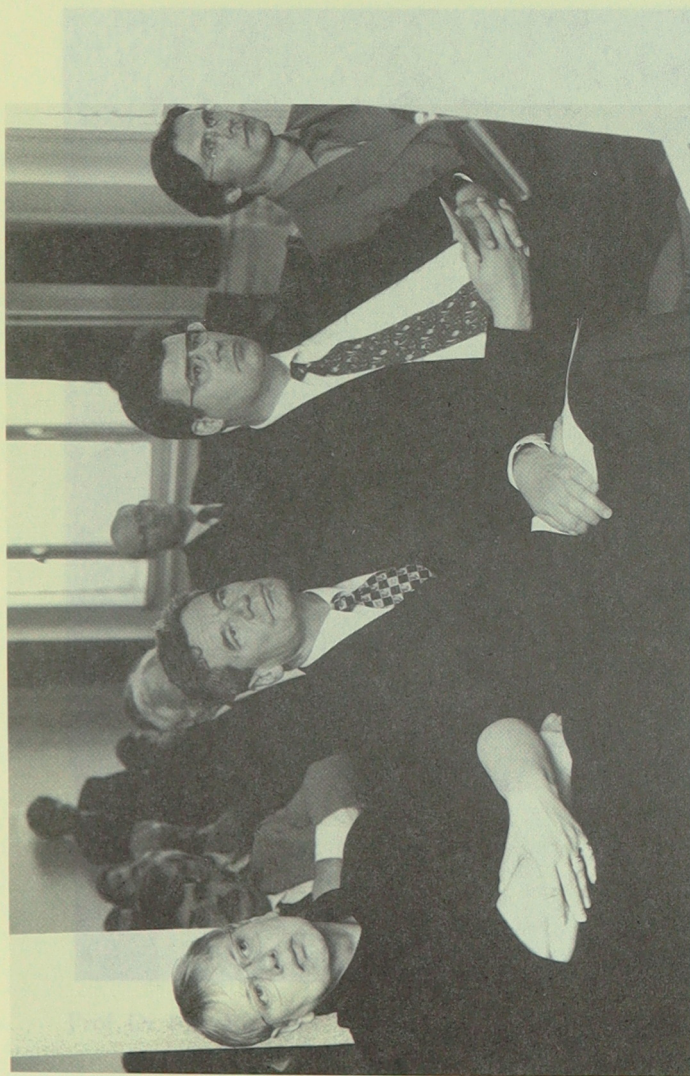
Gefängnissen des Dritten Reiches!

Abschließend sei vermerkt, daß wir, der Verband ehemaliger Rostocker Studenten und auch der Verband der Opfer des Stalinismus, sehr erfreut sind, daß dieses Gebäude der Universität übergeben wurde. So können unsere Historiker an einem wirklich dokumentablen Ort ihre Forschungsarbeiten durchführen und ihre Studenten an Ort und Stelle mit einem Teil der DDR-Wirklichkeit bekannt machen. Gleichzeitig hoffen wir, daß sich die Gauck-Behörde an dem Projekt beteiligt und ihre sehr instruktiven Ausstellungen aus Waldeck in Rostock präsentieren kann.

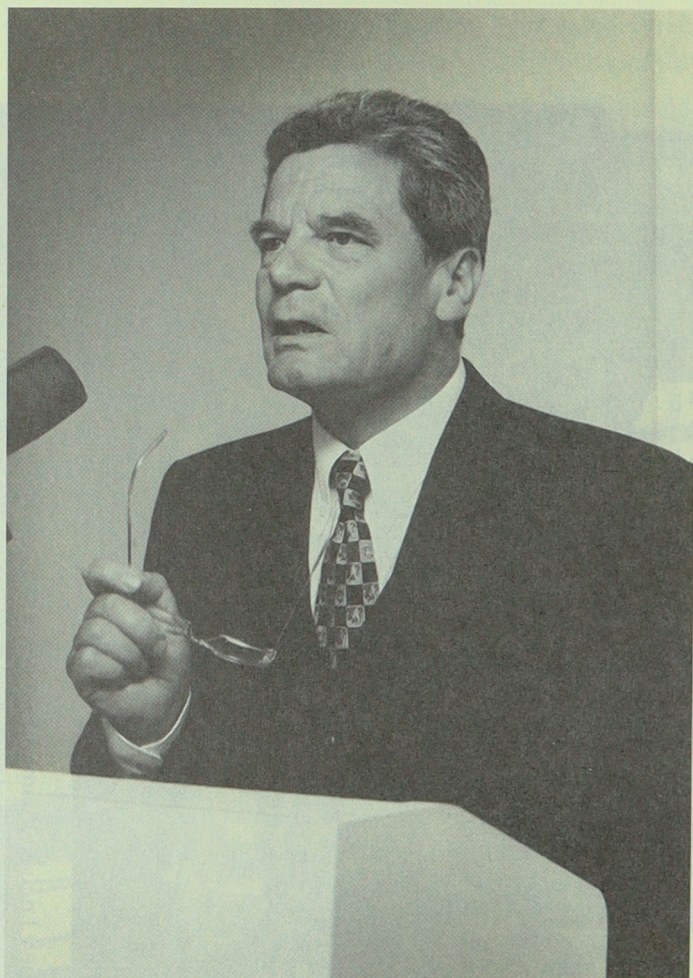




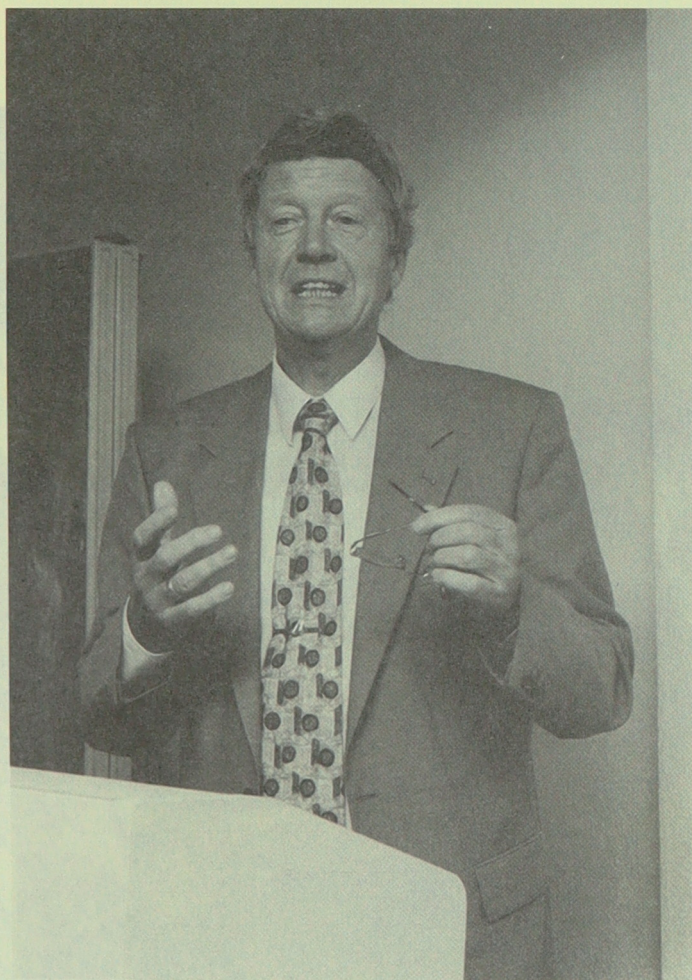
Erste Reihe v.l.n.r.: Dr. Hans-Joachim Bartsch, (Kultusministerium), Landtags-
Vizepräsident Dr. Martin Rißmann, Justizminister Prof. Dr. Rolf Eggert, Kultusministerin
Regine Marquardt, Bundesbeauftragter Joachim Gauck, Oberbürgermeister Arno Pöker,
Dekan Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel, Kanzler Joachim Wittern



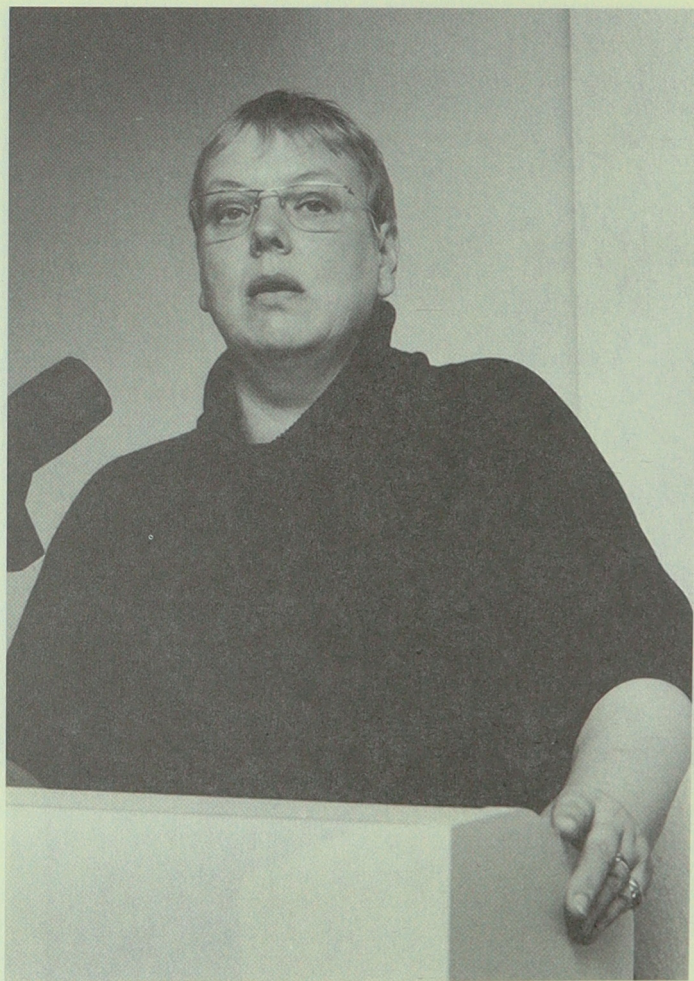
Erste Reihe v.l.n.r.: Kultusministerin Regine Marquardt, Bundesbeauftragter Joachim Gauck, Oberbürgermeister Arno Pöcker, Dekan Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel



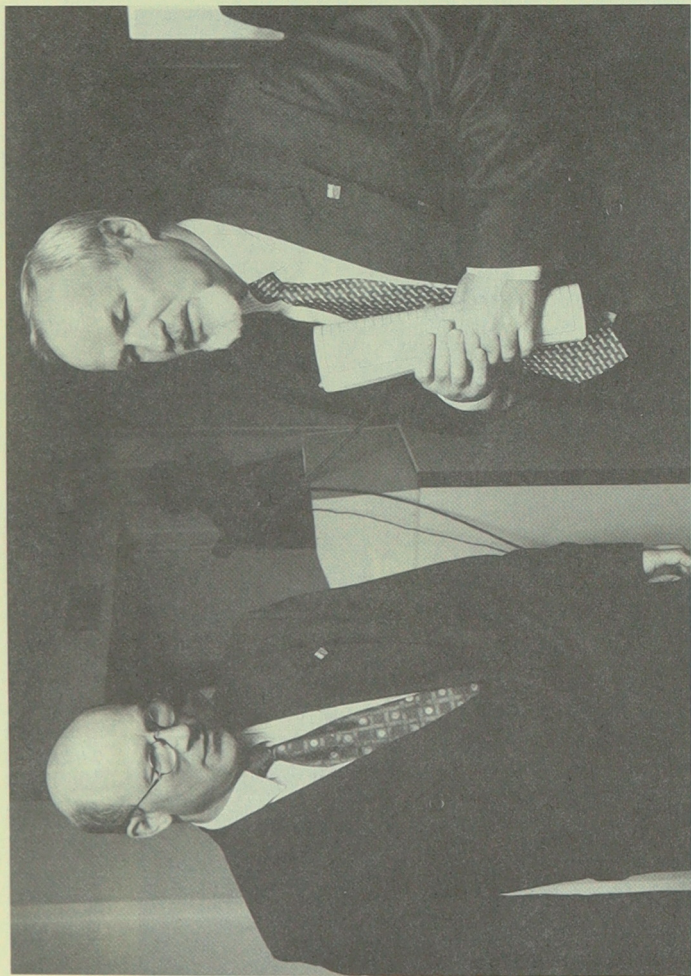
Bundesbeauftragter Joachim Gauck



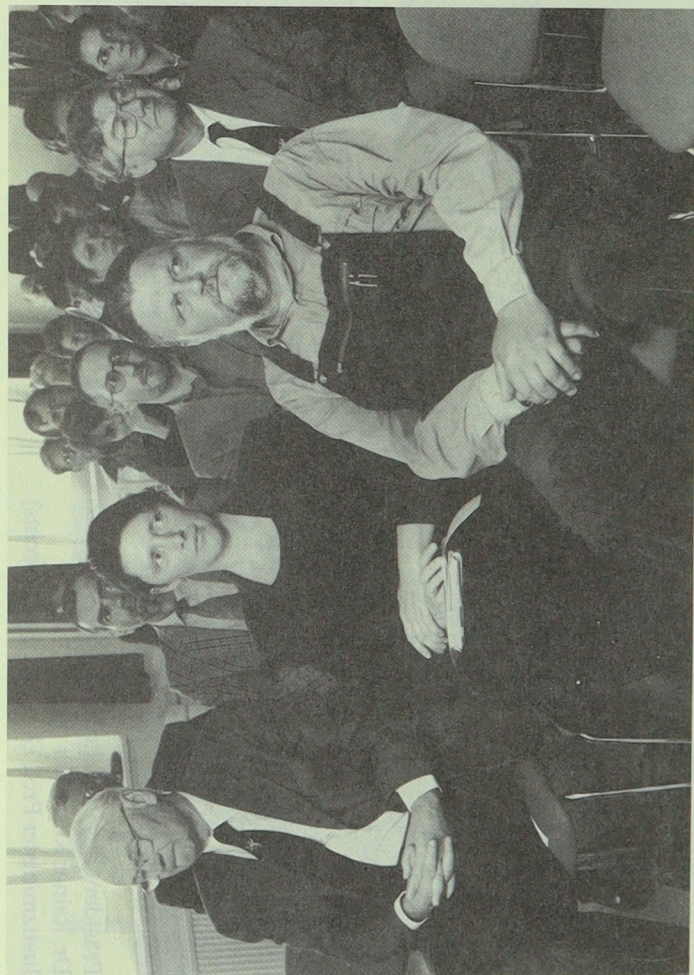
Prof. Dr. Ingo Richter



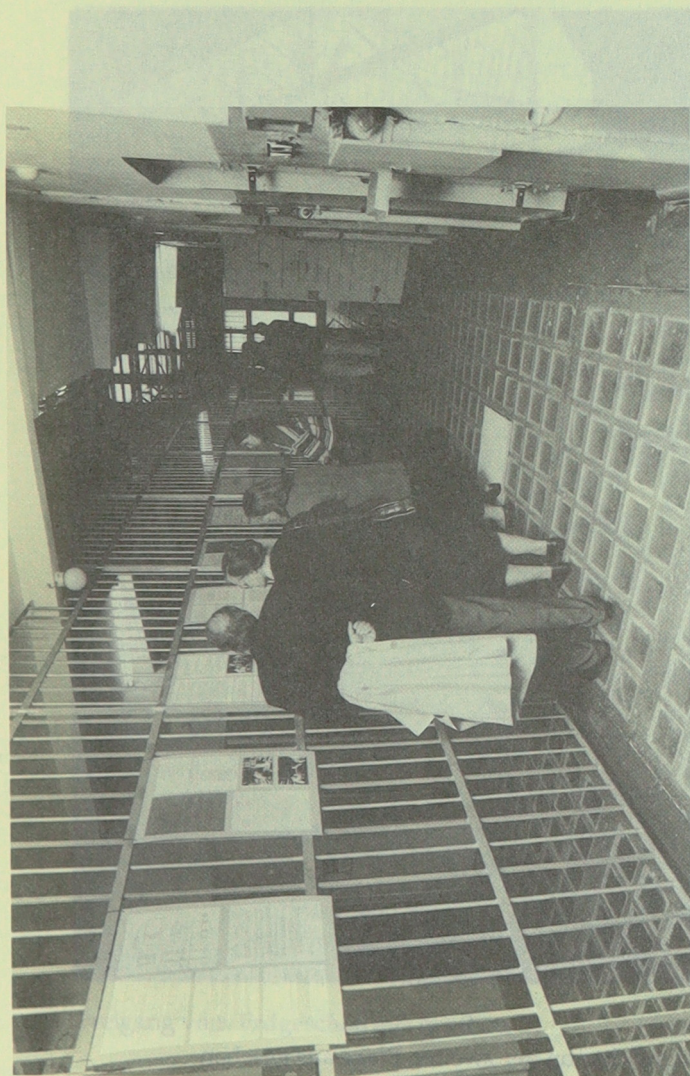
Kultusministerin Regine Marquardt



Präsident des Justizprüfungsamtes Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Rainer Kosmider (links),
Justizminister Prof. Dr. Rolf Eggert (rechts)



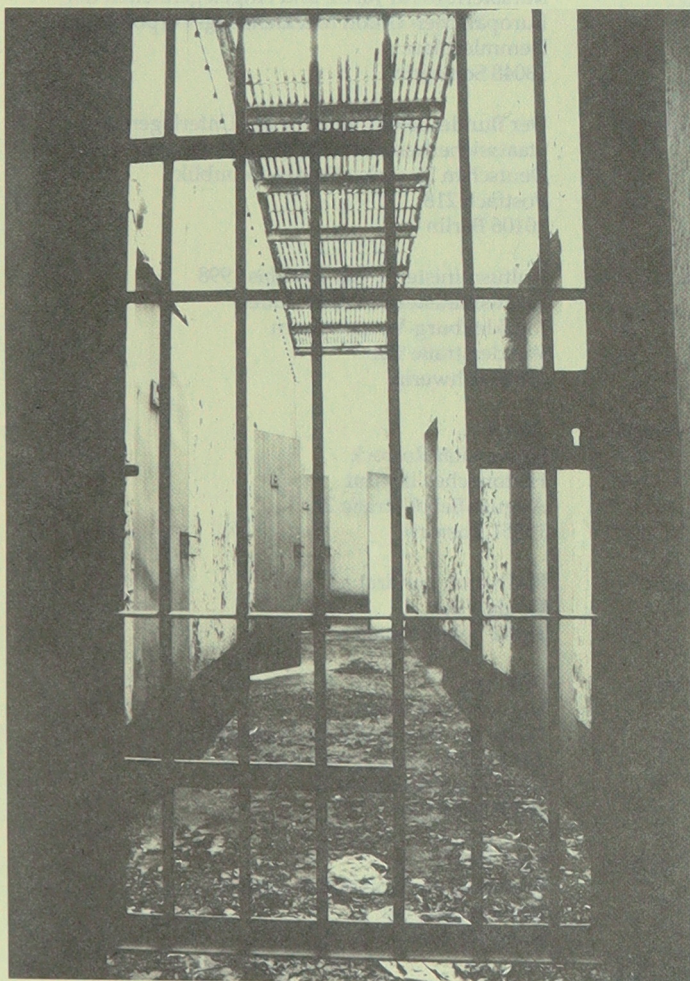
Erste Reihe v.l.n.r.: Prof. Dr. Gerhard Meinl, Romy Noack, Axel Peters



Eberlein-Ausstellung am Gitter zwischen Männer- und Frauenabteilung des
Gefängnisses



Zellentrakt
Gesamtansicht von der zweiten Etage aus gesehen



Freigang vom Erdgeschoß aus gesehen

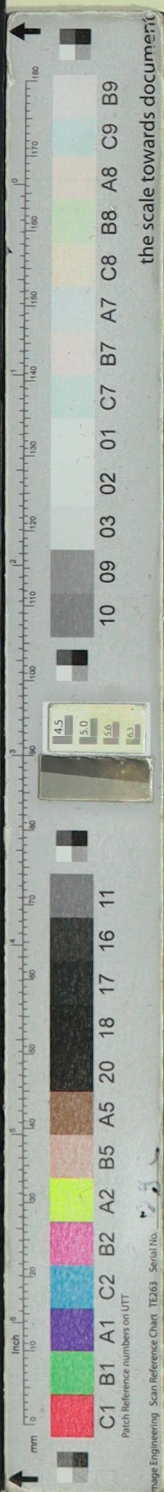
Autorenverzeichnis

- Eggert, Rolf* Prof. Dr.,
Minister der Justiz von 1994 bis 1998
Ministerium für Justiz und Angelegenheiten der
Europäischen Union Mecklenburg-Vorpommern
Demmlerplatz
18048 Schwerin
- Gauck, Joachim* Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Postfach 218
10106 Berlin
- Marquardt, Regine* Kultusministerin von 1994 bis 1998
Kultusministerium des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
18048 Schwerin
- Müller, Werner* Prof. Dr.,
Universität Rostock
Historisches Institut
August-Bebel-Straße 28
18051 Rostock
- Peters, Axel* Bildhauer, Landrat a.D.
Up de Villa
18182 Behnkenhagen
- Richter, Ingo* Prof. Dr.,
Universität Rostock
Leiter der Pädiatrischen Onkologie
der Kinder-und Jugendklinik
Rembrandtstraße 16/17
18055 Rostock
- Riedel, Wolfgang* Prof. Dr.,
Prorektor der Universität Rostock
Universitätsplatz 1
18051 Rostock
- Wendel, Hans Jürgen* Prof. Dr.,
Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock
August-Bebel-Straße 28
18051 Rostock

28.5.98



ISSN 1437-4595



it durch die Stasi bis in die 80er Jahre praktiziert. Man blieb man in der Regel noch für eine geraume Zeit, dann erfolgte die Überführung in eines der zahlreichen Gefängnisse. Dort angekommen wurde man von den anderen Häftlingen als Stasiopfer erkannt. Superschlank, in verschmutzter Kleidung landete man in den Zellen, die alle anderen, mit vier bis sechs Mann belegt waren, sie als Einzelzellen.

Man muß die Verpflegung besser bzw. etwas reichhaltiger haben. Bei ihr gab es morgens zwei ganz dünne Scheiben Brot, mittags einen Napf mit stinkendem Eintopf und zwei Scheiben Brot mit etwas Blut- oder Leberwurst. Nach Jahrzehntelang keinen Eintopf mehr riechen. Man war man natürlich entsprechend abgemagert, was die Vernehmung der Vernehmer führte. Da man weder über einen Geldbeutel verfügte, mußte man die Hose immer mit einem Gürtel tragen. So erschien man auch zur Vernehmung, wo man fragte: warum tragen Sie Ihre Hose mit der Hand, haben

im Zuchthaus war, war man noch längst nicht aus der Haft, denn da war ja auch der berühmte "Onkel", der immer zu sich beorderte und versuchte, Zellenspitzen zu bekommen. Man gab dann mit Bockwurst oder Torte geködert und ließ sie auf ein. Einen dieser kriminellen Oberspitzen haben sie bei der Dienststelle von Herrn Kittlaus in Berlin zur Verfügung gestellt. Bei sich bei den Recherchen herausstellte, war er mit einem Gefängnis in die Bundesrepublik verkauft worden und hatte sich weitergespitzt. Leider ist er 1967 in der Nähe von Berlin. Sein Nachlaß an Spitzelberichten füllte nach Infor- mationen eine Vielzahl von Ordnern. So endete die Kar- reere der verurteilten Kriminellen als Mitarbeiter der Stasi. Heute gerate aus heutiger Sicht auch folgende Ent- scheidungen in Gefängnissen. Während bis in die 60er Jahre auch Sittlichkeitsverbrecher und Zuhälter zur allerletz- ten machten sie in den 70er Jahre Knastkarriere und wurden als Kalfaktoren zur "Führenden Klasse" im Knast. Alle diese Leute zu den Berichten über die Zustände in den